

Revision Bauordnung und Zonenplan Bauordnung, synoptische Darstellung

Hünenberg, 8. August 2024 Entwurf

Erste Spalte rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004

Zweite Spalte
Entwurf Bauordnung Revision
Änderung gegenüber Bauordnung 2004

Dritte Spalte

Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise



Inhaltsverzeichnis

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004		Entwurf Bauordnung Revision				
1.	Zweck und Zuständigkeiten	1.	Einleitung			
§ 1	Zweck	Art. 1	Zweck und Geltungsbereich			
§ 2	Geltungsbereich	Art. 2	Ortsbauliche Grundhaltung			
§ 3	Beratende Kommissionen	Art. 3	Planungsmittel			
2.	Kantonale Pläne und Bauvorschriften	Art. 4	Vollzugsrichtlinien			
3.	Gemeindliche Pläne und Bauvorschriften	Art. 5	Planungs- und Baukommission			
3.1	Planungsmittel	2.	Zonenvorschriften			
§ 4	Planungsmittel	a.	Bauzonen			
§ 5	Gemeindlicher Richtplan / Quartiergestaltungsplan	Art. 6	Wohnzone (W)			
3.2	Allgemeine Bauvorschriften	Art. 7	Wohn- und Arbeitszone (WA)			
§ 6	Ein- und Ausfahrten	Art. 8	Arbeitszone (A)			
§ 7	Ein- und Abstellplätze	Art. 9	Kernzone (K)			
§ 8	Parkierung	Art. 10	Zone des öffentlichen Interesses für Bauten und			
§ 9	Wohnhygiene		Anlagen (OelB)			
§ 10	Hindernisfreies Bauen	Art. 11	Bauzone mit speziellen Vorschriften Langrüti (BsV1)			
§ 11	Kleinwohnungen		Bauzone mit speziellen Vorschriften Bösch (BsV2)			
§ 12	Spielflächen	b.	Grundmasse der Bauzonen			
3.3	Einordnung, Orts- und Landschaftsbild	Art. 13	Masse für die Einzelbauweise			
§ 13	Einordnung	C.	Ergänzende Bauzonenbestimmungen			
§ 14	Dachgestaltung	Art. 14	Ergänzende Bestimmungen für die Arbeitszone AA und			
3.4	Lärmschutz		die Bauzone mit speziellen Vorschriften Bösch BsV2			
§ 15	Lärmschutz	Art. 15	Bebauungsplanpflicht			
3.6	Zonenvorschriften	Art. 16	Preisgünstiger Wohnungsbau			
§ 16	Grundmasse	Art. 17	Hochhäuser			
§ 17	Sexgewerbe	Art. 18	Mobilfunkanlagen			
§ 18	Bauzone mit speziellen Vorschriften Langrüti	Art. 19	Zwischennutzungen			
§ 19	Ergänzungsbestimmungen Bauzonen	d.	Nichtbauzonen			
§ 20	Übrige Zonen mit speziellen Vorschriften	Art. 20	Landwirtschaftszone (L)			
§ 21a	Verkaufsflächen und Freizeiteinrichtungen in	Art. 21	Zone des öffentlichen Interesses für Freihaltung und			
	Arbeitszonen		Erholung (OelFE)			
§ 21b	Parkplätze und Einschränkungen der anwesenden	e.	Übrige Nichtbauzonen mit speziellen Vorschriften			
	Personen in Arbeitszonen		Allgemeine Bestimmungen			
§ 22	Landwirtschaftszonen		Zone für Familiengärten (Fa)			
	Naturschutzzonen		Zone für Golf (Go)			
	Zone archäologischer Fundstätten		Zone für Energie und Wärmegewinnung (EW)			
	Ortsbildschutzzone (überlagernde Zone)	Art. 26	Zone für Freizeit (Fr)			
§ 23d	Ortsbildschutzzone Wart (Schutzzone ausserhalb	f.	Schutzzonen und Schutzobjekte			
	der Bauzone)		Überlagernde Ortsbildschutzzone (OS)			
§ 24	Gemeindliche Landschaftsschutzzone		Ortsbildschutzzone Wart (OS W)			
3.7	Baumasse		Zone archäologischer Fundstätten (arf)			
§ 25	Anzurechnende Geschossfläche		Landschaftsschutzzone gemeindlich (LSG)			
§ 26	Geschosshöhe	Art. 31	Naturschutzzone gemeindlich (NSG)			

Inhaltsverzeichnis

Anhang 3 Erläuterungsskizzen Anhang 4 Gebührenordnung

rechts	gültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	
§ 27	Grenz- und Gebäudeabstände	Art. 32 Zone für Gewässerraum (Gew)	
§ 28	Vorspringende Bauteile	3. Bauvorschriften	
3.8	Terraingestaltung	Art. 33 Einordnung	
§ 29	Terrainveränderungen	Art. 34 Terrainveränderungen	
§ 30	Einfriedungen	Art. 35 Ökologischer Ausgleich	
3.9	Besondere Bauformen	Art. 36 Baumpflanzvorgaben und Baumschutz	
§ 31	Terrassenhaus	Art. 37 Gemeinschaftliche Spiel- und Freiflächen	
§ 32	Kleinbauten, Anbauten	Art. 38 Dach- und Fassadengestaltung	
4.	Arealbebauungspläne, kantonale und gemeindliche	Art. 39 Beleuchtung	
	Sondernutzungspläne	Art. 40 Klimaanpassung und Ressourcenschonung	
§ 33	Arealbebauungen und Bebauungspläne: erhöhte Anfor-	Art. 41 Naturobjekte	
	derungen	Art. 42 Parkierungsanlagen	
§ 34	Arealbebauungen: Abweichungen	Art. 43 Autoparkierung	
§ 35	Arealbebauungen: Bonus	Art. 44 Zweiradparkierung	
§ 36	Pflicht zur Erstellung einer Arealbebauung oder eines	Art. 45 Erschliessung	
	Bebauungsplanes	Art. 46 Entsorgungsanlagen	
§ 37	Wettbewerbe oder wettbewerbsähnliche Verfahren	Art. 47 Hindernisfreies Bauen	
5.	Sicherung von Planungen	Art. 48 Lärmschutz	
6.	Verfahrensschritte	Art. 49 Terrassenhaus	
§ 38	Abbruchbewilligung	Art. 50 Sexgewerbe	
§ 39	Reklamen und Antennen	Art. 51 Bedingungen und Auflagen	
§ 40	Bedingungen und Auflagen	4. Schlussbestimmungen	
§ 41	Bau- und Bezugskontrollen	Art. 52 Mehrwertabgabe	
§ 42	Gebühren	Art. 53 Erschliessungsbeiträge	
§ 42a	Mehrwertabgabe	Art. 54 Gebühren	
7.	Landumlegung und Grenzbereinigung	Art. 55 Übergangsrecht	
8.	Enteignung	Art. 56 Aufhebung bisherigen Rechts	
9.	Rechtsschutz, Vollstreckung und Strafbestimmungen	Art. 57 Inkrafttreten	
10.	Übergangs- und Schlussbestimmungen		
§ 43	Übergangsrecht	Anhang 1 Gebührenordnung	
§ 44	Aufhebung bisherigen Rechts	Anhang 2 Abminderungsplan (Art. 43 Autoparkierung)	
§ 45	Inkrafttreten	Anhang 3 Plan zur Bauzone mit speziellen Vorschriften E (Art. 12)	3ösch
Anhar	ng 1 Sonderbauvorschriften zur Dorfkernplanung (§ 19 Abs. 2, Bauordnung)		
Anhar	ng 2 Rechtsgültige Bebauungspläne (§ 44, Bauordnung)		
	0 5 1"		

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
Die Einwohnergemeinde Hünenberg, erlässt gestützt auf § 7 Abs. 1 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) vom 26. November 1998, durch Beschluss der Urnenabstimmung vom 28. November 2004:	Die Einwohnergemeinde Hünenberg beschliesst, gestützt auf § 7 Abs. 1 des Planungs- und Baugesetzes vom 26. November 1998, was folgt:	Aus Musterbauordnung
	1. Einleitung	
§ 1 Zweck	Art. 1 Zweck und Geltungsbereich	
Die Bauordnung und der Zonenplan regeln die Nutzung des Bodens und das Bauen in der Gemeinde Hünenberg.	1 Die Bauordnung und der Zonenplan regeln unter Vorbehalt des übergeordneten Rechts die Nutzung des Bodens und das Bauen in der Gemeinde.	Entspricht sinngemäss heutiger Regelung aus BO 2004 § 1 Abs. 2 Musterbauordnung
 § 2 Geltungsbereich 1 Die Vorschriften der Bauordnung gelten für alle Bauten und Anlagen sowie deren Nutzung. 2 Die Bauordnung gilt für das gesamte Gemeindegebiet. 	 Die Bauordnung und der Zonenplan gelten für alle Bauten, Anlagen und Aussenräume sowie für das gesamte Gemeindegebiet. 	§ 2 BO 2004 integriert Ergänzung Aussenräume als Empfehlung des Kantons
	Art. 2 Ortsbauliche Grundhaltung	Neuer Artikel
	Die Eigenart und Identität der Siedlungs-, Kultur- und Naturland- schaft sind zu wahren. In den Bauzonen wird die Entwicklung ei- ner zeitgemässen, nachhaltigen Baukultur unter Berücksichtigung des Ortsbildes und der quartierspezifischen Qualitäten und Merk- male im Sinne der nachfolgenden gemeindlichen Planungsmittel angestrebt.	
§ 4 Planungsmittel	Art. 3 Planungsmittel	Entspricht sinngemäss heutiger Regelung aus BO 2004
 Die Ortsplanung umfasst folgende Planungsmittel: Gemeindlicher Richtplan Quartiergestaltungsplan Zonenplan Bauordnung Bebauungspläne Sonderbauvorschriften Baulinien- und Strassenpläne Gemeindlicher Richtplan / Quartiergestaltungsplan Der gemeindliche Richtplan gibt darüber Aufschluss, wie sich die Gemeinde räumlich entwickeln soll. Er legt behördenverbindlich Ziele fest, insbesondere für die räumliche Entwicklung der Siedlungs-, Landwirtschafts-, Landschafts- und Schutzgebiete; Erneuerung von Siedlungen; Erschliessung samt Erschliessungsprogramm; Standorte für öffentliche Bauten und Anlagen, Aussichtspunkte, Naturobjekte, Denkmäler und Naherholungsgebiete. 	 Das räumliche Entwicklungskonzept (REK) definiert die Ziele und Grundsätze der gemeindlichen Raumentwicklung. Das Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) enthält Ziele und Massnahmen zur Förderung der ökologischen Vernetzung sowie zur Erholungsnutzung. Der gemeindliche Richtplan gibt darüber Aufschluss, wie sich die Gemeinde räumlich entwickeln soll. Er legt behördenverbindlich Ziele fest, insbesondere für die räumliche Entwicklung der Siedlungs-, Landwirtschafts-, Landschafts- und Schutzgebiete; Erneuerung von Siedlungen; Erschliessung samt Erschliessungsprogramm; Standorte für öffentliche Bauten und Anlagen, Aussichtspunkte, Naturobjekte, Denkmäler und Naherholungsgebiete. Quartiergestaltungspläne legen die Merkmale und Gestaltungsprinzipien eines Quartiers fest. Sie dienen als Grundlage für Bebauungspläne, öffentliche Projekte sowie qualitätssichernde Konkurrenzverfahren. 	

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
 Der Gemeinderat erlässt den Richtplan und führt ihn als Ganzes nach. Für die bauliche Entwicklung eines Gebietes können Quartiergestaltungspläne erlassen werden, namentlich für die Ausarbeitung von Bebauungsplänen sowie als Grundlage zur Beurteilung von Arealbebauungen. 	5 Die Bebauungspläne, die Waldabstandslinienpläne sowie die Baulinien- und Strassenpläne gemäss ÖREB-Kataster sind als Sondernutzungspläne zu beachten.	
	Art. 4 Vollzugsrichtlinien	Neuer Artikel
	Der Gemeinderat kann im Interesse eines einheitlichen Vollzugs von Bauvorschriften, für die ein Ermessensspielraum besteht, themen- oder ortsteilspezifische Vollzugsrichtlinien erlassen.	Einführung von Vollzugsrichtlinien soll einen einheitlichen und transparenten Vollzug der BO gewährleisten
§ 3 Beratende Kommissionen	Art. 5 Planungs- und Baukommission	§ 2 Musterbauordnung
Zur Vorbereitung der Geschäfte bestimmt der Gemeinderat beratende Kommissionen. Gemeinderat und beratende Kommissionen können beratende Fachleute, kantonale Kommissionen und	 Der Gemeinderat wählt eine Planungs- und Baukommission. Die Planungs- und Baukommission berät den Gemeinderat in gestalterischen, baulichen und planerischen Fragen. 	§ 2 Abs. 1 Musterbauordnung § 2 Abs. 2 Musterbauordnung
Amtsstellen beiziehen.	3 Der Gemeinderat legt die Aufgaben, Kompetenzen und die	§ 2 Abs. 3 Musterbauordnung
	Organisation fest. 4 Der Gemeinderat und beratende Kommissionen können beratende Fachleute, kantonale Kommissionen und Amtsstellen beiziehen.	Entspricht heutiger Regelung; § 3 BO 2004
	2. Zonenvorschriften	
	a. Bauzonenvorschriften	
	Art. 6 Wohnzone (W)	
	Die Wohnzonen sind für Wohnzwecke, dem Wohnen ver- gleichbare Zwecke sowie familienergänzende Betreuung bestimmt.	§ 3 Abs. 1 Musterbauordnung
\$ 40 Funitarium and partimentum and Davidance (Avenue)	2 Nicht störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe sind	§ 3 Abs. 2 Musterbauordnung
§ 19 Ergänzungsbestimmungen Bauzonen (Auszug) 8 Im Gebiet Enikon-Eichmatt-Zythus (schwarz bandiert) muss je-	zulässig. 3 In den im Zonenplan mit der Überlagerung «zusätzliche Woh-	Abs. 3: Neue Bestimmungen zur Schaffung zusätzlicher
der Grundeigentümer bzw. jede Grundeigentümerin neben den Spielplätzen gemäss § 12 auf den im Baulinienplan Eni- kon-Eichmatt-Zythus bezeichneten Flächen zusätzliche Freiflä- chen mit einer Mindestgrösse von 15 % der seinen Bauvorha- ben zu Grunde liegenden, anzurechnenden Landfläche reali-	nungen» bezeichneten Gebieten kann unter Bedingungen ver- dichtet werden. Es kann für die W1 die Grundmasse der W2a; für die W2a die Grundmasse der W2b; für die W2b die Grund- masse der W3 angewendet werden. Dabei sind folgende Be- dingungen einzuhalten:	Wohneinheiten unter Vermeidung eines gesteigerten Wohnflächenverbrauchs
sieren. Ein Bebauungsplan legt die Nutzung der einzelnen Freiflächen fest. Die Ausnützung der in den Wohnzonen W2a, W2b und W3 liegenden Freiflächen beträgt 25 % der zonenge- mässen Ausnützung. Diese Ausnützung kann nur auf Grund- stücksflächen realisiert werden, die in der Wohnzone W3 lie-	 Es wird mindestens eine zusätzliche, vollwertige Wohnung mit separater Erschliessung erstellt; Die Mindestfläche der zusätzlichen Wohnung beträgt 70 m² anrechenbare Geschossfläche; Die Abweichungen von den Grundmassen dürfen nicht mit 	
gen.	einem Bebauungsplan kumuliert werden.	

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
9 Im Bebauungsplanpflichtgebiet Enikon-Eichmatt-Zythus kann auf Erlass eines Bebauungsplanes ganz oder teilweise verzichtet werden, wenn die bauliche Entwicklung dem Quartiergestaltungsplan Enikon-Eichmatt-Zythus vom 25. Mai 2004 sowie dem gemeindlichen Richtplan entspricht.	4 Die im Quartiergestaltungsplan und Baulinienplan Enikon- Eichmatt-Zythus bezeichneten Freiflächen dürfen an die Grün- flächenziffer angerechnet werden. Die Ausnützung dieser in den Wohnzonen W2a, W2b, W3 und W4b liegenden Freiflä- chen beträgt 25 % der zonengemässen Ausnützung. Diese Ausnützung kann nur auf Grundstücksflächen realisiert wer- den, die in den Wohnzonen W3 und W4b liegen.	Sinngemäss bestehende Bestimmung § 19 Abs. 8 BO 2004
	Art. 7 Wohn- und Arbeitszone (WA)	
	 Die Wohn- und Arbeitszonen sind für Wohnzwecke, dem Wohnen vergleichbare Zwecke sowie für mässig störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe bestimmt. In der Wohn- und Arbeitszone 5 sind Wohnungsgrössen von 	§ 4 Musterbauordnung Neue Bestimmung
	maximal 60 m² anrechenbare Geschossfläche zulässig.	
	Art. 8 Arbeitszone (A)	
	1 Die Arbeitszone ist für das Gewerbe, für Dienstleistungen und	§ 5 Abs. 1 Musterbauordnung
	für die Industrie bestimmt. In der Arbeitszone AA sind mässig störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe zulässig.	Neue Bestimmung
	Art. 9 Kernzone (K)	
	Die Kernzone bildet das Ortszentrum und ist für Wohnzwecke, dem Wohnen vergleichbare Zwecke sowie für höchstens mäs-	Neue Bestimmung; sinngemäss § 6 Abs. 1 und 2 Musterbauordnung
	sig störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe bestimmt. 2 Der Übergang zum öffentlichen Raum ist aufenthaltsfreundlich zu gestalten und der Gebäudezugang hat strassenseitig zu erfolgen. Die erste Raumtiefe der Erdgeschosse soll möglichst publikumsorientierte Nutzungen und einen guten Bezug zum öffentlichen Raum aufweisen.	Neue Bestimmung
	Art. 10 Zone des öffentlichen Interesses für Bauten und Anlagen (OelB)	§ 7 Musterbauordnung
	 Die Zone des öffentlichen Interesses für Bauten und Anlagen ist für öffentliche Bauten und Anlagen bestimmt. Zu den Grundstücken in angrenzenden Zonen sind die Grenzund Gebäudeabstände dieser Zonen einzuhalten. Im Übrigen werden die Bauvorschriften vom Gemeinderat unter Berücksichtigung der öffentlichen und privaten Interessen von Fall zu Fall festgelegt. Die Dichtevorgaben der Nachbarzonen sind bei der Interessenabwägung zu berücksichtigen. 	

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise		
§ 18 Bauzone mit speziellen Vorschriften Langrüti	Art. 11 Bauzone mit speziellen Vorschriften Langrüti (BsV1)			
In der Bauzone mit speziellen Vorschriften Langrüti aufgrund eines Bebauungsplanes im ordentlichen v gebaut werden. Der Bebauungsplan ermöglicht eine volle Erweiterung der heutigen Bebauung unter Ber gung der Erhaltung des Ortsbildes, des bedeutende der Kulturobjekte und der villenartigen Bebauung.	verfahren de qualitäts- rücksichti- en Parks,	Neue Bestimmung, Grundnutzung ist gemäss Rückmeldung vom Kanton zu definieren. Sinngemäss bestehende Bestimmung § 18 BO 2004; Anpas- sung an übergeordnetes Recht		
 Der bestehende Baumbestand ist geschützt. Die Aurund Details werden im Bebauungsplan geregelt. Die Bewilligung von baulichen Veränderungen best Bauten und Anlagen ist ausnahmsweise ohne Vorlie Bebauungsplanes gestattet, wenn besondere Verhäliegen und der auszuarbeitende Bebauungsplan nic 	und Details werden im Bebauungsplan geregelt. tehender egen eines altnisse vor- cht negativ und Details werden im Bebauungsplan geregelt. 3 Die Bewilligung von baulichen Veränderungen bestehender Bauten und Anlagen ist ausnahmsweise ehne Verliegen eines Bebauungsplans gestattet, wenn besondere Verhältnisse vorliegen und der auszuarbeitende Bebauungsplan nicht negativ	lst bereits abschliessend im Bebauungsplan geregelt		
präjudiziert wird.4 Der Abbruch von Bauten und Anlagen ist bewilligur tig.	ngspflich- 4 Der Abbruch von Bauten und Anlagen ist bewilligungspflichtig.	lst bereits abschliessend im Bebauungsplan geregelt		
	Art. 12 Bauzone mit speziellen Vorschriften Bösch (BsV2)			
	Die Bauzone mit speziellen Vorschriften Bösch ist für das Gewerbe, für Dienstleistungen und die Industrie bestimmt. Massgebend ist der Plan gemäss Anhang 3.	Neue Bestimmung		
	 Im Gebiet 1 sind mässig störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe sowie Bildungsinstitutionen (ES III) zulässig. 	Neue Bestimmung		
	3 Im Gebiet 2 sind stark störende Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe (ES IV) zulässig.	Neue Bestimmung		
	4 Die zu erstellenden Grünflächen gemäss Grünflächenziffer sind möglichst in den Grünbändern oder in der öffentlich zu- gänglichen Freifläche (Anhang 3) zu realisieren. Ein-/Ausfahr- ten etc. sind innerhalb des Grünbandes zulässig.	Neue Bestimmung		
	5 Im Gebiet 1 ist innerhalb der schraffierten Fläche (Anhang 3) eine öffentlich zugängliche Freifläche von mindestens 2'000 m² zu erstellen. Die Lage und Gestaltung ist auf Grundlage eines qualitätssichernden Konkurrenzverfahrens mit mindestens drei Planungsteams festzulegen.	Neue Bestimmung, Überführung von Inhalten aus BBP Rothus-Bösch		
	6 Der Raum zwischen der Fassade und der Mittelachse (Anhang 3) ist als öffentlicher Raum auszugestalten. Hecken und Einfriedungen sind nicht zulässig.	Neue Bestimmung		
	7 Bei Errichtung des öffentlichen Fussweges gemäss Anhang 3 darf die Baumassenziffer gemäss Art. 13 um max. 0.3 erhöht werden.	Neue Bestimmung		

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise		
 § 21b Parkplätze und Einschränkungen der anwesenden Personen in Arbeitszonen (Auszug) 1 In der im Zonenplan gekennzeichneten Fläche in Bösch sind nur Abstellplätze für Motorfahrzeuge für die angrenzende Übrige Zone mit speziellen Vorschriften für Freizeit (UeFr) zulässig. Hochbauten sind nicht zulässig. wird aufgehoben 2 In der im Zonenplan gekennzeichneten Fläche in Bösch dürfen maximal 160 ständige Arbeitsplätze sein. Diese Einschränkungen gelten so lange, wie dort eine störfallrelevante Anlage Einfluss auf dieses Gebiet nimmt (Zustand 25. Juni 2012). 	8 Zur Gebäudeerschliessung sind Hochstrassen und notwendige Rampenanlagen ohne Einhaltung der Grenzabstände zulässig. Gegenüber der Hochstrasse und Rampenanlage sind keine Abstände einzuhalten. 9 Die im Zonenplan gekennzeichneten Fläche «Nutzungsvorbehalt Störfallvorsorge» liegt im Einflussbereich der bestehenden Erdgashochdruckanlagen. Bei Bauvorhaben ist durch ein Gutachten die Notwendigkeit und der Umfang von Schutzmassnahmen zu prüfen, um sicherzustellen, dass das Personenrisiko im Sinne der Störfallverordnung (StFV; SR 814.012) hinreichend klein ist. Notwendige Schutzmassnahmen sind der kantonalen Fachstelle vor Erteilung der Baubewilligung zur Genehmigung vorzulegen.	Neue Bestimmung zur Ermöglichung einer Gewerberampe für die Gebäudeerschliessung in zweiter Ebene im Arbeits- platzgebiet Bösch Neue Bestimmung ersetzt § 21b Abs. 2 BO 2004		

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004

Entwurf Bauordnung Revision

Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise

§ 16 Grundmasse

Bezeichnung	Bunz	Voligeschosszahl (§ 7 V PBG)	ue	Nicht störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe	Mässig störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe	Stark störende Betriebe	Bauweise (EFH = Einfamili- enhaus, DEFH = Doppelein- familienhaus, Zwei-FH = Zweifamilienhaus, MFH = Mehrfamilienhaus mit 4 und mehr Wohnungen)	Empfindlichkeitsstufe	Ausnützungsziffer (AZ gemäss §§ 15 und 16 V PBG)	Baumassenziffer (BZ gemäss § 20 V PBG)	Freiflächenziffer (FZ gemäss § 21 V PBG) in %	Gebäudelänge in m (gemäss § 10 V PBG)	Geschosshöhe in m (§ 26 BO)	Firsthöhe in m (§ 13V PBG)	Grenzabstand	n m (§ 27 BO)
Bezei	Abkürzung	Vollge	Wohnen	Nicht	Mässi und D	Stark		Empfi	Ausnü §§ 15	Baum § 20	Freiflä § 21 √	Gebäu § 10 √	Gesch	Firsth	klein	gross
Wohnzone 1 1	W1	1	х	х		-	EFH, DEFH, Zwei-FH	- 0	0.20	-	-	-	3.0	7.0	5	10
W 1 Dersbach- und Seemattstrasse ¹	W1	1	х	х	-	-	EFH, DEFH, Zwei-FH	П	0.20	-	-	-	3.0	7.0	7	10
Wohnzone 2a	W2a	22	х	х		-	EFH, DEFH, Zwei-FH, REFH	П	0.35	-	-	35	3.0	7.5	5	7
Wohnzone 2b ¹	W2b	2	Х	х	1	-	frei, ohne MFH	11/1113	0.35	-	-	35	3.0	9.0	5	7
Wohnzone 3	W3	3	х	Х	-	-	frei	П	0.45	-	65	35	3.0	13.0	5	7
Wohnzone 4	W4	4	х	Х		-	frei	П	0.55	-	65	35	3.0	14.5	5	10
Wohn- und Arbeits- zone	WA	3	х	х	х		frei	Ш	0.45	-	-	-	3.5	13.0	5	7
Wohn- und Arbeits- zone Rothus	WA Rothus	3	х	Х	Х		frei	Ш	-	2.7	50	-	3.5	13.0	5	7
Kernzone ¹	к	4	х	х	х		frei	Ш	0.66 +0.04 ⁴	-	-	-	3.5	14.5	5	7
Kernzone 2	K2	§ 19	х	Х	Х	-	frei	Ш			§ 19)			5	7
Arbeitszone A	AA	-	2	х	х	-	frei	Ш		3.5	50	55	3.5/ 4.5	10.5 +3	5	7
Arbeitszone B ⁵	AB	-		х	х	-	frei	Ш	-	2.7	50	55	3.5/ 4.5	7+3	5	7
Arbeitszone C	AC	-	20 Abs. PBG	х	х	х	frei	IV	-	4.4	35	-	3.5/ 4.5	12 +3 ⁶	5	-
Arbeitszone D	AD	-	ωn	x ⁷	X ⁶	X ⁶	frei	IV	-	4.8	35	-	3.5/ 4.5	-	5	-
Bauzone mit speziel- len Vorschriften Langrüti	SL		vgl.	§ 18 I	30: Zo	one La	angrüti	Ш	vgl. § 18 BO: Zone Langrüti							
Zone des öffentli- chen Interesses für Bauten und Anlagen (Bauzone)	OelB	F	Für öffentliche Bauten und Anlagen					11/1113	REF III			sabstande i eingehal-				
Zone des öffentli- chen Interesses für Erholung und Frei- haltung (ausserhalb der Bauzone)	OelF	Für Frei-, Grün- und Erholungsflächen. Es dürfen nur kleinere Bauten und Anlagen erstellt werden, welche für die Nutzung erforderlich sind.			П	Wird vom Gemeinderat festgelegt Wird vom Gemeinderat festgelegt			und Gebaudeabstande dieser Zonen eingehal-							
Übrige Zone	ÜZ	١ - ١	Wird v	om Ge	emeino	derat 1	estgelegt	Ш		Wird v	om Ge	meinde	rat fe			
Landwirtschaftszone	L			Zustá	indig:	Kanto	n	Ш		Zus	tändig:	Kanton			5	5

b. Grundmasse der Bauzonen

Art. 13 Masse für die Einzelbauweise

Bezeichnung		iffer	fer	ffer	ahl		nax.	nin.	nax.				L	its- m-
	Abkürzung	Ausnützungsziffer max.	Baumassenziffer max.	Grünflächenziffer min.	Vollgeschosszahl max.	Geschosshöhe max.	Gesamthöhe max. (Flachdach)	Gesamthöhe min. Hauptgebäude (Flachdach) ²	Gesamthöhe max. (Schrägdach)	Gebäudelänge max.	Grenzabstand gross min.	Grenzabstand klein min.	Gewerbeanteil min.	Empfindlichkeits- stufe gem. Lärm- schutzverordnung
Wohnzone 1	W1	0.35	-	0.50	1	3.2 m	7.6 m	-	8.1 m	20 m	10 m	7 m	-	II
Wohnzone 2a	W2a	0.45	-	0.45	2	3.2 m	7.6 m	-	8.1 m	25 m	7 m	5 m	-	II
Wohnzone 2b	W2b	0.55	-	0.45	2	3.2 m	10.8 m	-	11.3 m	25 m	7 m	5 m	-	II
Wohnzone 3	W3	0.65	-	0.45	3	3.2 m	14.0 m	-	14.5 m	25 m	7 m	5 m	-	II /III
Wohnzone 4a	W4a	0.75	-	0.40	4	3.2 m	17.2 m	-	17.7 m	30 m	10 m	5 m	-	II
Wohnzone 4b	W4b	0.90	-	0.40	4	3.2 m	17.2 m	-	17.7 m	30 m	10 m	5 m	-	II
Wohn- und Arbeitszone 3	WA3	0.65	-	0.30	3	3.2 m	14.0 m ¹	-	14.5 m ¹	frei	7 m	5 m	20 %	III
Wohn- und Arbeitszone 5	WA5	-	4.5	0.30	5	3.2 m	20.4 m ¹	-	20.9 m ¹	frei	7 m	5 m	40 %	III
Kernzone	K	0.75 + 0.05	-	0.20	4	3.2 m	-	-	16.3 m ¹	frei	7 m	5 m	-	III
Arbeitszone A	AA	-	4.5	0.20	-	-	17.0 m	13.5 m	-	frei	7 m	5 m	-	Ш
Arbeitszone B	AB	-	6.5	0.15	-	-	18.0 m	-	_	55 m	5 m	5 m	-	##
Arbeitszone C	AC	-	6.5	0.10	-	-	18.0 m	-	_	frei	5 m	5 m	-	₩
Arbeitszone D	AĐ	-	12.0	0.05	-	-	24.0 m	-	_	frei	5 m	5 m	-	₩
Arbeitszone E	AE	-	12.0	0.15	-	-	24.0 m	-	_	frei	5 m	5 m	-	##
Arbeitszone F	AF	-	12.0	0.10	-	-	24.0 m	-	-	frei	5 m	5 m	-	₩
Bauzone mit spezi- ellen Vorschriften Langrüti	BsV1	0.30	-	0.30	-	-	14.0 m	-	14.5 m	25 m	5 m	5 m	-	III
Bauzone mit spezi- ellen Vorschriften Bösch	BsV2	-	8.0	0.10	-	-	22.0 m	14.0 m	-	frei	5 m	5 m	-	III/IV 3

¹ Unter Berücksichtigung der Vorgaben gemäss Abs. 1.

² Der Gemeinderat kann für betriebsbedingte Anforderungen Ausnahmen gestatten.

³ Die Empfindlichkeitsstufen gemäss Lärmschutzverordnung sind Art. 12 zu entnehmen.

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise		
	Hinweise: - Die Ausnützungsziffer und die Baumassenziffer werden aufgrund - Weiter wird die Ausnützungsziffer gemäss REK in allen Wohnzone - Die Grünflächenziffer wird neu eingeführt Die maximale Geschosshöhe wird gemäss § 33 Abs. 2 lit. a V PBG - Die maximale Gebäudelänge wird aufgrund der Möglichkeit zur A	an um ca. 20 % erhöht. auf 3.2 m festgelegt.		
§ 26 Geschosshöhe In den Arbeitszonen, in gemischten Zonen und in Kernzonen gilt eine maximale Geschosshöhe von 3.5 m, in allen übrigen Zonen 3 m. Für Ladenlokale, Gewerbebetriebe und dergleichen im Erdge- schoss gilt eine maximale Geschosshöhe von 4.5 m. Nach § 33 V PBG ist für Wohnnutzungen die Geschosshöhe neu bei max. 3.20 m.	 In den Wohn- und Arbeitszonen (WA) und der Kernzone (K) sind höhere Erdgeschosse zulässig. Bei Erdgeschossen, die eine Geschosshöhe von mehr als 3.2 m aufweisen, erhöht sich die Gesamthöhe um das Mass der Mehrhöhe über 3.2 m, jedoch höchstens um 1.3 m. In der Bauzone mit speziellen Vorschriften Bösch sind Mobilitätshubs gemäss Art. 43 Abs. 4 bis zu einer Gesamthöhe von 29.5 m zulässig. 	Neue Bestimmung, sinngemäss § 26 BO 2004 Neue Bestimmung		
	c. Ergänzende Bauzonenbestimmungen			
§ 21a Verkaufsflächen und Freizeiteinrichtungen in Arbeitszonen (Auszug)	Art. 14 Ergänzende Bestimmungen für die Arbeitszone AA und die Bauzone mit speziellen Vorschriften Bösch BsV2			
 In den Arbeitszonen sind keine Verkaufsflächen zulässig. Dies gilt auch für Nutzungen im Rahmen von Bebauungsplänen. Es gelten folgende Ausnahmen: a) Der Verkauf von an Ort produzierten Gütern (inkl. Lebensmitteln) ist zulässig, wobei der Verkauf in einem untergeordneten Verhältnis zur Produktion am Ort stehen muss. b) Der Verkauf von nicht an Ort produzierten Gütern (ohne Lebensmittel) ist unter folgenden kumulativen Bedingungen zulässig:	 In der Arbeitszone und der Bauzone mit speziellen Vorschriften Bösch sind keine-Verkaufsflächen unter folgenden Bedingungen zulässig. Dies gilt auch für Nutzungen im Rahmen von Bebauungsplänen. Es gelten folgende Ausnahmen: a) Der Verkauf von an Ort produzierten Gütern (inkl. Lebensmitteln) ist zulässig, wobei der Verkauf in einem untergeordneten Verhältnis zur Produktion am Ort stehen muss. b) Der Verkauf von nicht an Ort produzierten Gütern (ohne Lebensmittel) ist unter folgenden nicht kumulativen Bedingungen zulässig:	Sinngemäss § 21a Abs. 1 BO 2004 § 5 Abs. 2 Musterbauordnung		

⁹ Als überdurchschnittlich gelten Nutzungen, die pro 100 m² Verkaufsfläche mehr als 5 Fahrten pro Betriebstag erzeugen.

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise			
2 In allen Arbeitszonen sind kleinere Freizeiteinrichtungen mit lokalem Einzugsgebiet ¹⁰ zulässig. Publikumsintensive Freizeiteinrichtungen ¹¹ mit regionalem Einzugsgebiet sind nicht zulässig.	3 In der Arbeitszone AA und der Bauzone mit speziellen Vorschriften Bösch sind kleinere Freizeiteinrichtungen mit lokalem Einzugsgebiet, bspw. Fitnesscenter, zulässig. Publikumsintensive Freizeiteinrichtungen, bspw. Erlebnisparks oder Multiplexkinos, sind nicht zulässig.	Sinngemäss § 21a Abs. 2 BO 2004			
§ 19 Ergänzungsbestimmungen Bauzonen (Auszug)					
 Die Sonderbauvorschriften in der Kernzone an der Dorfstrasse 6-39 bezwecken eine sinnvolle Erhaltung, Erneuerung und Ergänzung des natürlich gewachsenen Dorfkerns in seiner Eigenart. Bestehende Bauten dürfen nur ersetzt werden, wenn mit dem Neubau eine bessere Qualität des Dorfbildes erreicht wird. Die AZ beträgt 0,6¹² Neubauten und Umbauten dürfen nicht mehr als drei Vollgeschosse und ein ausgebautes Dachgeschoss umfassen. Dachneigung und Firstrichtung sollen den Nachbargebäuden entsprechen, oder allenfalls sinnvoll in der früheren Art wieder aufgebaut werden. Flachdächer auf Hauptbauten sind nicht gestattet. 		§ 19 Abs. 1 BO 2004 aufheben, da durch Arealbebauung ge- sichert			
2 Im Dorfgebiet, mit Ausnahme des unter Abs. 1 bereits erfassten Bereiches, gelten die Sonderbauvorschriften vom 13. August 1980. Die Bewilligung von Neubauten darf nur aufgrund eines Bebauungsplanes erfolgen. Die Bewilligung von Neubauten ist ohne Vorliegen eines Bebauungsplanes ausnahmsweise gestattet, wenn besondere Verhältnisse vorliegen, wie Baulücken, Restflächen usw., und die auszuarbeitenden Bebauungspläne nicht negativ präjudiziert werden.		§ 19 Abs. 2 BO 2004 aufheben. Die wichtigen Bestimmungen werden in die Bebauungspläne Dorfkern Nord und Dorfkern Süd integriert.			
In der Kernzone 2 darf nur im Rahmen eines Bebauungsplanes gebaut werden, welcher auf der Grundlage eines qualitätssichernden städtebaulichen Variantenstudiums zu erarbeiten ist. Der Bebauungsplan sichert eine hohe Qualität bezüglich städtebaulicher Konzeption, Erschliessung, Architektur und Aussenraumgestaltung. Der Bebauungsplan muss folgende Nutzungen und Masse einhalten: – max. 10'350 m² anrechenbare Geschossfläche sowie – max. 18.5 m Firsthöhe 4 Wird die Kernzone 2 mit der Bebauungsplanpflicht angenommen und der Bebauungsplan zweimal abgelehnt, so sind Baugesuche in der Kernzone 2 nach den Vorschriften der Kernzone gemäss § 16 und § 19 Abs. 1 BO zu beurteilen.		§ 19 Abs. 3 und 4 BO 2004 aufheben. Kernzone 2 wird in Kernzone überführt.			

 ¹⁰ z.B. Fitnesscenter
 11 Publikumsintensive Freizeiteinrichtungen sind insbesondere Erlebnisparks, Multiplexkinos usw.
 12 In Teilgebieten ist gemäss Bewilligung Arealbebauungsplan eine zusätzliche Beschränkung der AZ festgelegt.

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
 In der W1-Zone zwischen Dersbach-/Seemattstrasse und Seeuferschutzzone gilt in Abweichung von § 16 und vom ordentlichen Strassenabstand ein kleiner Grenzabstand von 7 m. Dieser Abstand gilt auch für Klein- und Anbauten von über 12 m². Bei der Zone W2b südlich der Dersbachstrasse (GS-Nrn. 1755, 1756, 1757) darf die Firsthöhe maximal 6 m über der Niveaulinie der bestehenden Strasse liegen. 		§ 19 Abs. 6 BO 2004: Grenzabstand der W1-Zone wird ange- passt (siehe § 12) § 19 Abs. 7 BO 2004 wird aufgehoben, da es sich hierbei um eine privatrechtliche Regelung handelt.
§ 36 Pflicht zur Erstellung einer Arealbebauung oder eines Bebauungsplanes	Art. 15 Bebauungsplanpflicht	
In den im Zonenplan bezeichneten Gebieten darf nur aufgrund der Bewilligung einer Arealbebauung oder aufgrund eines Be- bauungsplans im ordentlichen, resp. im vereinfachten Verfah- 14 - 7 - 14 - 7 - 14 - 14 - 14 - 14 - 14	In den im Zonenplan mit durchgezogener Linie schwarz um- randeten Gebieten darf nur auf der Grundlage eines ordentli- chen Bebauungsplans gebaut werden.	§ 11 Abs. 4 Musterbauordnung
ren gebaut werden 14. Es gelten die erhöhten Anforderungen gemäss § 33 dieser Bauordnung. 2 Ab einer Fläche von mindestens 4'000 m² kann der Gemeinde-	2 In den im Zonenplan mit gestrichelter Linie schwarz umrande- ten Gebieten darf nur auf der Grundlage eines einfachen oder ordentlichen Bebauungsplans gebaut werden.	§ 11 Abs. 5 Musterbauordnung
rat einen Bebauungsplan vorschreiben. 3 Wird nicht das gesamte mit der Pflicht belegte Areal in einem einzigen Arealbebauungsplan behandelt, so ist gleichzeitig ein Quartiergestaltungsplan gemäss § 5 über das gesamte Areal zu erarbeiten.	Wird nicht das gesamte mit der Pflicht belegte Gebiet in einem einzigen Bebauungsplan behandelt, so kann die Konzeptidee in einem so ist gleichzeitig ein Quartiergestaltungsplan ge- mäss Art. 3 Abs. 4 über das gesamte Gebiet zu erarbeiten ge- sichert werden.	Sinngemäss bestehende Bestimmung § 36 Abs. 3 Bauord- nung 2004
 §19 Ergänzungsbestimmungen Bauzonen (Auszug) 5 Im Gebiet der W1-Zone entlang der St. Wolfgangstrasse darf die Firsthöhe das Niveau der St. Wolfgangstrasse um max. 1.0 m überragen. Der grosse Grenzabstand ist gegen das Reusstal und gegen die südliche Grundstückgrenze einzuhalten. Die Bepflanzung ist so anzulegen und zu unterhalten, dass der Ausblick ins Reusstal gewährleistet bleibt. wird teilweise in die BBP-Pflicht Riedhalden überführt 	 4 Der Gemeinderat kann in Anlehnung an § 32 Abs. 2 des Planungs- und Baugesetzes (PBG; BGS 721.11) weitere wesentliche Vorzüge verlangen, namentlich: guter Nutzungs- und Wohnungsmix, erhöhter Anteil an Kleinwohnungen, Gemeinschaftsräume, bessere Versorgung des Quartiers mit Gütern des täglichen Bedarfs, attraktive Fuss- und Velowege, vorwiegend unterirdische Parkierung, 	Neue Bestimmung, um Qualität im Bebauungsplanprozess und in der Bewilligungspraxis zu erhöhen
§33 Arealbebauungen und Bebauungspläne: erhöhte Anforderungen Aufgehoben, da die Bestimmung übergeordnetem Recht wider- spricht (Arealbebauung wurde im PBG aufgehoben)	 Beschränkung von Immissionen und Emissionen, umweltfreundliche Energieversorgung, gemeinsame Entsorgungsanlagen, Gebäudestellung aufgrund von Kaltluftströmen, 	
 1 Arealbebauungen haben gegenüber der Einzelbauweise entsprechend der jeweiligen Zone und Nutzung erhöhten Anforderungen zu genügen, insbesondere Folgenden: besonders gute architektonische Gestaltung der Bauten, Anlagen und Freiräume; besonders gute Einordnung in das Orts-, Quartier- und Landschaftsbild; besonders gut gestaltete Grundrisse bezüglich Wohnkomfort und Wohnhygiene bzw. Arbeitsplatzqualität; 	 öffentlich zugängliche Spiel- und Aufenthaltsflächen. Riedhalden: Für den Bebauungsplan im Gebiet Riedhalden gelten folgende Zielsetzungen: Bewahrung von Grünkorridoren und Ausblicken durch eine sorgfältige Eingliederung hinsichtlich der Struktur und Körnung in das angrenzende Quartier. Eine lockere Einzelbauweise ist anzustreben. 	Neue Bestimmung, um Zweck von Bebauungsplan-Pflicht öffentlich-rechtlich festzulegen

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
 zweckmässige arealinterne Fussgängerverbindungen und Anschluss an das gemeindliche Fusswegnetz; zweckmässige Erschliessung mit Sammelgaragen; 	 Entlang der St. Wolfgangstrasse ist gegen das Reusstal und gegen die südlichen Grundstücksgrenzen ein geeigneter Abstand von der Grundstücksgrenze vorzusehen. 	
 zweckmässig angeordnete Abstellflächen für Fahrräder und Kinderwagen; umweltfreundliche Energieversorgung und Wassernutzung; gemeinsame Entsorgungsanlagen; 	 6 Dorfzentrum/Schürmatt: Für die Bebauungspläne im Dorfzentrum und Schürmatt gelten folgende Zielsetzungen: – Gestaltung hochwertiger Freiräume und ortsbaulicher Strukturen, welche die Identität des Zentrums stärken und die Begegnung fördern. 	Neue Bestimmung, um Zweck von Bebauungsplanpflicht öffentlich-rechtlich festzulegen
 hindernisfreies Bauen. Arealbebauungen und Bebauungspläne haben zusätzlich zu den Spielflächen gemäss § 12 zusammenhängende und gut gestaltete Freiflächen von mindestens 15 % der Arealfläche auszuweisen. 	 Ein stimmiges Miteinander von ursprünglicher und neuer Bebauungsstruktur sichern, insbesondere eine gute Einord- nung und Gestaltung im Kontext schützenswerter Bauten. Eine auf den räumlichen Kontext differenzierte Festlegung der Dichte und Bauweise. 	
 Anmerkung: neu über Grünflächenziffer geregelt. Der Gemeinderat kann verlangen, dass die Autoabstellplätze in unterirdischen Sammelgaragen zusammengefasst werden. 	 Abstimmung der Nutzungskonzepte und Funktionen zwischen den verschiedenen Arealen/Teilbereichen im Dorfzentrum. Umsetzung eines angemessenen Wohnungsmixes für ver- 	
§34 Arealbebauungen: Abweichungen Arealbebauungen dürfen bei Einhaltung der erhöhten Anforderungen gemäss § 33 und ohne zusätzliche erhebliche Belastungen von Nachbargrundstücken in einzelnen der folgenden Punkte eng	 Schiedene Zielgruppen. Das Gebiet Schürmatt bildet den Auftakt zur Kernzone. Mit der Überbauung ist zum Bestand (Hof-Gebäude) ein guter ortsbaulicher Übergang zu gewährleisten. 	
 begrenzt von den Vorschriften der Einzelbauweise abweichen: Bauweise, Gebäudelänge, Gestaltung der Bauten (Gebäudeund Dachform), Anzahl der Pflichtparkplätze; Grenz- und Gebäudeabstand, wobei gegenüber benachbarten Parzellen die für die Einzelbauweise geltenden Grenz- und Gebäudeabstände einzuhalten sind. 	 7 Eichmatt: Für den Bebauungsplan im Gebiet Eichmatt gelten folgende Zielsetzungen: Es ist für das Gebiet ein geeigneter Wohnungsmix mit einer adäquaten höheren Dichte zu erstellen. Es ist auf eine rücksichtsvolle und gute Einpassung in das umliegende Quartier zu achten. 	Neue Bestimmung, um Zweck von neuer Bebauungsplan- pflicht öffentlich-rechtlich festzulegen
Aufgehoben, da die Bestimmung übergeordnetem Recht widerspricht (Arealbebauung wurde im PBG aufgehoben) §35 Arealbebauungen: Bonus 1 Erfüllt ein Bauherr bei einer Arealbebauung die Anforderungen gemäss § 33 und weisen diese Planungen bei Nachverdichtung bestehender Bauten eine Mindestfläche von 2'000 m² und bei Neubaugebieten eine Mindestfläche von 4'000 m² aus, kann der Gemeinderat folgenden Bonus zur Ausnützungsziffer	 Zythus: Für den Bebauungsplan im Gebiet Zythus gelten folgende Zielsetzungen: Die zentrale und wichtige Lage ist unter Einbezug ihres räumlichen Umfelds mit einem guten Städtebau und einem attraktiven Nutzungsmix als Begegnungsort zu entwickeln. Für das Gebiet ist eine angemessene Geschossigkeit und hohe Dichte mit entsprechender Durchlässigkeit zu ermitteln. 	Neue Bestimmung, um Zweck von neuer Bebauungsplan- pflicht öffentlich-rechtlich festzulegen
gemäss Zonenplan gewähren: a) ohne Erarbeitung mit Wettbewerb oder wettbewerbsähnlichen Verfahren gemäss § 37: Erhöhung AZ bis zu 10 % der zonengemässen Nutzung; b) mit Erarbeitung mit Wettbewerb oder in wettbewerbsähnlichen Verfahren gemäss § 37: Erhöhung AZ bis zu 15 % der zonengemässen Nutzung.	 Es ist zu einem geeigneten Zeitpunkt ein partizipativer Prozess unter Einbezug der Bevölkerung durchzuführen. Zythusmatt: Für die Bebauungspläne Zythusmatt Ost und Zythusmatt West gelten folgende Zielsetzungen: Aufgrund der Nähe zum Begegnungsort Zythus ist das geeignete Potenzial einer qualitätsvollen Nachverdichtung zu ermitteln. 	Neue Bestimmung, um Zweck von neuer Bebauungsplan- pflicht öffentlich-rechtlich festzulegen
2 Der Bonus wird in dem Mass gewährt, wie die Arealbebauung die Anforderungen gemäss § 33 erfüllt.	10 Zythusweg : Für den Bebauungsplan im Gebiet Zythusweg gelten folgende Zielsetzungen:	Neue Bestimmung, um Zweck von neuer Bebauungsplan- pflicht öffentlich-rechtlich festzulegen

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
Aufgehoben, da die Bestimmung übergeordnetem Recht widerspricht (Arealbebauung wurde im PBG aufgehoben) §37 Wettbewerbe oder wettbewerbsähnliche Verfahren 1 Der Gemeinderat kann für die Erarbeitung von Arealbebauungen und von Bebauungsplänen einen Wettbewerb oder ein wettbewerbsähnliches Verfahren verlangen. Die Gemeinde kann sich an den Kosten beteiligen. Für die Erarbeitung sind mindestens 3 Projektentwürfe voneinander unabhängiger Projektverfasser erforderlich. Die Gemeinde und allenfalls weiter voneiner der Bestimmte Stellen eine dem Verfahren und ein der Bestimmte Stellen eine dem Verfahren und ein der Bestimmte	 Erneuerung und qualitätsvolle Nachverdichtung unter Berücksichtigung der grundstücksübergreifenden Erschliessungssituation. 11 Dersbachstrasse: Für die Bebauungspläne Dersbach Nord und Dersbach Süd gelten folgende Zielsetzungen: Entlang der Bahnlinie ist eine verdichtete Bauweise anzustreben. Die Durchblicke zum See mit entsprechender Stellung und Setzung der Gebäude sind sicherzustellen. Der Übergang zur angrenzenden W1-Zone ist ortsverträglich zu gestellen. 	Neue Bestimmung, um Zweck von neuer Bebauungsplan- pflicht öffentlich-rechtlich festzulegen
von ihr bestimmte Stellen sind am Verfahren und an der Beurteilung dieser Projekte zu beteiligen. 2 In den Arealbebauungs- und Bebauungsplanpflichtgebieten gemäss § 36 ist ein Wettbewerb oder ein wettbewerbsähnliches Verfahren durchzuführen. Aufgehoben, da qualitätssicherndes Konkurrenzverfahren bei ordentlichen Bebauungsplänen gemäss § 32ter Abs. PBG gefordert.	 lich zu gestalten. 12 Rony: Für den Bebauungsplan Rony gelten folgende Zielsetzungen: Schaffung von preisgünstigem Wohnraum. Der Übergang vom Siedlungs- zum Landwirtschaftsgebiet ist gut zu gestalten. 13 Der Gemeinderat bzw. die Einwohnergemeinde kann in begründeten Fällen von Abs. 5 bis 12 Abweichungen zulassen und Ausnahmen von den Zweckbestimmungen gewähren. 	Neue Bestimmung, um Zweck von neuer Bebauungsplan- pflicht öffentlich-rechtlich festzulegen Neue Bestimmung
§ 11 Kleinwohnungen	Art. 16 Preisgünstiger Wohnungsbau	
Bei Überbauungen mit mehr als 20 Wohneinheiten sowie bei Arealbebauungen und Bebauungsplänen kann der Gemeinderat einen Anteil an Kleinwohnungen vorschreiben.	Die im Zonenplan speziell bezeichneten Gebiete dienen dem preisgünstigen Wohnungsbau. Dabei gelten in Übereinstimmung mit § 18 Abs. 4 PBG die nachfolgenden Mindestanteile auf die anrechenbare Geschossfläche: a) Im Gebiet Dersbach Nord gilt ein Anteil von 46 % (entspricht 100 % der Mehrausnützung) b) Im Gebiet Dersbach Süd gilt ein Anteil von 46 % (entspricht 100 % der Mehrausnützung) c) Im Gebiet Zythusmatt West gilt ein Anteil von 25 % (entspricht 50 % der Mehrausnützung) d) Im Gebiet Zythusmatt Ost gilt ein Anteil von 19 % (entspricht 50 % der Mehrausnützung) e) Im Gebiet Eichmatt gilt ein Anteil von 25 % (entspricht 50 % der Mehrausnützung) f) Im Gebiet Schürmattstrasse gilt ein Anteil von 19 % (entspricht 50 % der Mehrausnützung) g) Im Gebiet Gartenstrasse gilt ein Anteil von 19 % (entspricht 50 % der Mehrausnützung) h) Im Gebiet Rony Süd gilt ein Anteil von 40 % (entspricht 100 % der Mehrausnützung) i) Im Gebiet Rony Nord gilt ein Anteil von 100 % (entspricht 100 % der Mehrausnützung)	§ 12 Abs. 3 Musterbauordnung Möglichkeit zur Regelung gemäss § 18 Abs. 4 PBG Der festgeschriebene Anteil bezieht sich auf die gesamte realisierbare Ausnützungsziffer des betroffenen Gebiets. Diese Anteile entsprechen 50 % und 100 % (Korporationsland, Gemeindeland) der Mehrausnützung.

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
	 Zonen für preisgünstigen Wohnungsbau sind einer Grundnutzung überlagert. Bei neuen ordentlichen Bebauungsplänen ist auf mindestens 50 % der zusätzlich anrechenbaren Geschossfläche preisgüns- 	§ 12 Abs. 5 Musterbauordnung Neue Bestimmung
	tiger Wohnraum zu schaffen. 4 Die Gemeinde unterstellt die preisgünstigen Wohnungen dauerhaft dem kantonalen Wohnraumförderungsgesetz [WFG; BGS 851.211]. Sie kann im Einzelfall die Anforderungen an den preisgünstigen Wohnungsbau regeln, insbesondere die Mietzinsobergrenzen, die baulichen Anforderungen sowie die langfristige Sicherstellung.	Sinngemäss § 12 Abs. 4 Musterbauordnung
	Art. 17 Hochhäuser	
	Hochhäuser sind nur in dem im Zonenplan speziell bezeichneten Gebiet zulässig. Es gilt eine ordentliche Bebauungsplanpflicht.	§ 13 Abs. 1 Musterbauordnung
	2 Zonen für Hochhäuser sind einer Grundnutzung überlagert.	§ 13 Abs. 2 Musterbauordnung
	Art. 18 Mobilfunkanlagen	Neue Bestimmung
	 Mobilfunkanlagen haben grundsätzlich der Quartierversorgung zu dienen. Visuell wahrnehmbare Mobilfunkanlagen sind in erster Priorität in der Arbeitszone oder der Bauzone mit speziellen Vorschriften Bösch zu erstellen. Ist aufgrund des fernmelderechtlichen Versorgungsauftrags keine ausreichende Abdeckung möglich, können mit entsprechendem Nachweis auch Mobilfunkanlagen an Standorten tieferer Priorität gemäss nachfolgender Rangfolge bewilligt werden:	Aufgrund des Beschwerdeverfahrens in Zusammenhang mit der Planungszone Mobilfunkantennen hat das Verwal- tungsgericht Kt. Zug einen Hinweis wegen den Immissio- nen in den OelB-Zonen gemacht.

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
	 7 Ausserhalb der Bauzone richtet sich die Zulässigkeit von Mobilfunkanlagen nach Bundesrecht und kantonalem Recht. 	
	Art. 19 Zwischennutzungen	
	Für Zwischennutzungen innerhalb der Bauzonen kann der Ge- meinderat auf maximal drei Jahre befristete Abweichungen von den Zonen- und Bauvorschriften bewilligen. Der Gemeinderat kann eine einmalige Verlängerung von weiteren zwei Jahren be- willigen.	Sinngemäss § 14 Musterbauordnung, einmalige Verlänge- rung wird ermöglicht
	d. Nichtbauzonen	
§ 22 Landwirtschaftszonen	Art. 20 Landwirtschaftszone (L)	
Die Landwirtschaftszone umfasst Land, das sich für die landwirtschaftliche Nutzung oder den Gartenbau eignet oder das im Gesamtinteresse landwirtschaftlich genutzt oder gepflegt werden soll.	Die Landwirtschaftszone umfasst Land, das sich für die landwirtschaftliche Nutzung oder den Gartenbau eignet oder das im Gesamtinteresse landwirtschaftlich genutzt oder gepflegt werden soll.	Bestehende Bestimmung aus BO 2004 übernommen Musterbauordnung § 15 Abs. 1
	2 Für die Landwirtschaftszone gelten ausschliesslich die Vorschriften von Bund und Kanton.	Musterbauordnung § 15 Abs. 2
	Art. 21 Zone des öffentlichen Interesses für Freihaltung und Erholung (OelFE)	
	 Die Zone des öffentlichen Interesses für Freihaltung und Erholung umfasst Grün- und Erholungsflächen für die Bevölkerung und dient der Freihaltung von Flächen zur Gliederung und Durchgrünung des Siedlungsgebiets. Darauf dürfen nur notwendige Bauten, Anlagen und Ausstattungen erstellt werden, welche der Erholungsnutzung dienen. Neue Bauten und Anlagen nehmen Rücksicht auf die Besonderheit des Orts und die gewachsenen Nutzungen. Zu den Grundstücken in angrenzenden Zonen sind die Grenzund Gebäudeabstände dieser Zonen einzuhalten. 	Sinngemäss Musterbauordnung § 16 und 17 (Zusammenführung der Zone des öffentlichen Interesses für Freihaltung und Zone des öffentlichen Interesses für Erholung) Musterbauordnung § 16 Abs. 2
	e. Übrige Nichtbauzonen mit speziellen	
	Vorschriften	
	Art. 22 Allgemeine Bestimmungen	
	 Die übrigen Nichtbauzonen mit speziellen Vorschriften werden nicht, teilweise oder nur vorübergehend nicht landwirtschaftlich genutzt und dienen anderen, im Zonenplan bezeichneten Nutzungen. In allen übrigen Nichtbauzonen mit speziellen Vorschriften sind zu den Grundstücken in angrenzenden Zonen die Grenzund Cab äudenbatände diesen Zonen einzuhalten. 	Musterbauordnung § 18 Abs. 1 Musterbauordnung § 18 Abs. 2
	und Gebäudeabstände dieser Zonen einzuhalten.	

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
	Art. 23 Zone für Familiengärten (Fa)	
	 Die Zone für Familiengärten ist für Kleingärten bestimmt. Dem Zonenzweck entsprechende Kleinbauten und pro Zone eine gemeinschaftliche Baute bis 20 m² Grundfläche sind zulässig. Es ist ein Betriebsreglement der Gemeinde zur Genehmigung einzureichen. 	Sinngemäss § 19 Abs. 1 Musterbauordnung Neue Bestimmung
§ 20 Übrige Zonen mit speziellen Vorschriften	Art. 24 Zone für Golf (Go)	
Die Übrige Zone mit speziellen Vorschriften für Golf ist für den Betrieb einer Golfanlage reserviert. Diese umfasst eine öffent- liche Golf-Anlage sowie die dazugehörenden Infrastrukturanla- gen.	Die Zone für Golf ist für den Betrieb einer Golfanlage reserviert. Diese umfasst eine öffentliche Golfanlage sowie die dazuge- hörenden Infrastrukturanlagen.	Bestehende Bestimmung gemäss § 20 Abs. 1 BO 2004
§ 20 Übrige Zonen mit speziellen Vorschriften	Art. 25 Zone für Energie und Wärmegewinnung (EW)	Sinngemäss bestehende Bestimmung gemäss § 20 Abs. 4
 4 Die Übrige Zone mit speziellen Vorschriften für Energie und Wärmegewinnung dient der Errichtung eines Biomasse Heizkraftwerkes. Die Baumasse dürfen folgende Werte nicht überschreiten: Fermenter: max. Durchmesser 18.0 m und max. Höhe ab Zentrum gewachsenes Terrain 16.0 m Übrige Anlageteile: max. Gebäudelänge 44.0 m und max. Höhe ab ausgemitteltem Fassadenfusspunkt gewachsenes Terrain 18.0 m Ein Umgebungsgestaltungsplan ist Bestandteil des Baugesuchs. Die Baubewilligung für das Heizkraftwerk wird nur dann erteilt, wenn auch die notwendigen Anlagen zur Anlieferung bewilligt und realisiert werden. Der Gemeinderat achtet auf eine besonders gute Eingliederung ins Landschaftsbild. Bei Einstellung des Heizkraftwerkes sind die Anlagen auf Kosten der Betreiber abzubrechen und die Flächen zu rekultivieren. 	 Die Übrige Zone mit speziellen Vorschriften für Energie und Wärmegewinnung dient der Errichtung eines Biomasse-Heizkraftwerks. Die Baumasse dürfen folgende Werte nicht überschreiten: Fermenter: max. Durchmesser: 18.0 m; max. Höhe ab Zentrum gewachsenes massgebendes Terrain: 16.0 m Übrige Anlageteile: max. Gebäudelänge: 44.0 m; max. Höhe ab ausgemitteltem Fassadenfusspunkt gewachsenes massgebendes Terrain: 18.0 m Ein Umgebungsgestaltungsplan ist Bestandteil des Baugesuchs. Die Baubewilligung für das Heizkraftwerk wird nur dann erteilt, wenn auch die notwendigen Anlagen zur Anlieferung bewilligt und realisiert werden. Der Gemeinderat achtet Es ist auf eine besonders gute Eingliederung ins Landschaftsbild zu achten. Bei Einstellung des Heizkraftwerks sind die Anlagen auf Kosten der Betreiber abzubrechen und die Flächen zu rekultivieren. 	BO 2004
§ 20 Übrige Zonen mit speziellen Vorschriften	Art. 26 Zone für Freizeit (Fr)	
2 Die Übrige Zone mit speziellen Vorschriften für Freizeit (UeFr) ist für die Realisierung und den Betrieb von Hundeausbildungsanlagen samt den notwendigen Bauten und Anlagen, eine nicht kommerzielle Kulturwerkstätte mit Lagerräumen sowie Veranstaltungsräume mit den notwendigen Infrastrukturen und Anlagen bestimmt. Es sind keine neuen Gebäude zulässig. Die bestehenden Bauten dürfen im Rahmen der definierten Nutzweise umgenutzt oder im bisherigen Volumen ersetzt werden. Erlaubt sind Kleinbauten für Hundeausbildungs-	1 Die Zone für Freizeit ist für die Realisierung und den Betrieb einer Kulturwerkstätte mit Lager- und Veranstaltungsräumen sowie einer Hundeausbildungsanlage, inkl. den notwendigen Infrastrukturen, Bauten und Anlagen, bestimmt. Es sind keine neuen Gebäude zulässig. Die bestehenden Bauten dürfen im Rahmen der definierten Nutzweise umgenutzt oder im bisherigen Volumen ersetzt werden. Erlaubt sind eine Kleinbaute für Unterhaltsmaterial mit max. 20 m² Grundfläche, pro Hundeausbildungsplatz eine Kleinbaute für Ausbildungsmaterial mit jeweils max. 40 m² Grundfläche und ein offener Unterstand	Bestehende Bestimmung gemäss § 20 Abs. 2 BO 2004, präzisiert und ergänzt betreffend Kleinbauten und Wohnnutzungen

,	identified and Educational graph of the process of Education and States and S			
r	echtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	En	twurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
	material mit max. 20 m² Grundfläche und ein offener Unterstand als Personen- und Hundeschutz. Für die bestehende Wohnnutzung gilt die Bestandesgarantie. Umzäunungen sind transparent und landschaftsverträglich zu erstellen und die Beleuchtungen sind so auszulegen, dass wenig Lichtverschmutzung verursacht wird. Der Gemeinderat erlässt nach Anhörung der kantonalen Fachstellen, der Erdgas Zentralschweiz AG und dem Betreiber ein Betriebsreglement für die Hundeausbildungsanlage. Die Inbetriebnahme der Hundeausbildungsanlage kann erst nach Vorliegen eines rechtskräftigen Betriebsreglements erfolgen. Das Betriebsreglement regelt insbesondere die Trägerschaft, die Betriebszeiten, die zulässigen Belegungszahlen sowie die Möglichkeit von Kursen durch freischaffende Hundeausbilder. Für die UeFr sind höchstens folgende Nutzungen durch Personen zulässig: – Anwesenheit von maximal 15 Personen während 6 Stunden pro Tag auf den Hundeausbildungsplätzen – 30 mal pro Jahr ein abendlicher Anlass mit maximal 60	2	als Personen- und Hundeschutz. Für die bestehenden Wohnnutzungen gilt die Bestandesgarantie, wobei im bestehenden Volumen max. 30 % zu Lasten der Nebennutzfläche Nutzungsfläche geschaffen werden darf. Umzäunungen sind transparent und landschaftsverträglich zu erstellen und die Beleuchtungen sind so auszulegen, dass wenig Lichtverschmutzung verursacht wird. Der Gemeinderat erlässt nach Anhörung der kantonalen Fachstellen, der Erdgas Zentralschweiz AG und dem Betreiber ein Betriebsreglement für das Kulturgut, den Eventbetrieb sowie die Hundeausbildungsanlage. Die Inbetriebnahme der Hundeausbildungsanlage kann erst nach Vorliegen eines rechtskräftigen Betriebsreglements erfolgen. Das Betriebsreglement regelt insbesondere die Trägerschaft, die Betriebszeiten, die zulässigen Belegungszahlen (maximal zulässigen Nutzungen durch Personen) sowie die Möglichkeit von Kursen durch freischaffende Hundeausbilder. Die in das Betriebsreglement aufzunehmenden Belegungszahlen bedürfen der Zustimmung der Erdgas Zentralschweiz AG.	Bestehende Bestimmung gemäss § 20 Abs. 2 BO 2004 mit Ergänzung des Kulturguts und um das zu erstellende Be- triebsreglement
	 Personen ein abendlicher Anlass pro Jahr mit maximal 200 Personen in den Veranstaltungsräumen Anwesenheit von 3 Personen tagsüber in der Kulturwerkstätte (analog 3 ständigen Arbeitsplätzen) 30 Tage pro Jahr eine Veranstaltung mit bis zu 25 Personen in der Kulturwerkstätte Ein Umgebungsgestaltungsplan ist Bestandteil des Baugesuchs und ist durch den Betreiber zu erstellen. 	3	Die gemäss Betriebsreglement zulässigen Belegungszahlen können nur mit Zustimmung der Erdgas Zentralschweiz AG aufgehoben oder angepasst werden. Die Erdgas Zentralschweiz AG verpflichtet sich, bei der Überprüfung der Frage, ob die gemäss Betriebsreglement zulässigen Belegungszahlen aufgehoben oder angepasst werden können, das Störfallrisiko im Sinne der Störfallverordnung vom Bundesamt für Energie (BFE) überprüfen zu lassen und ihren Entscheid aufgrund der Überprüfung der Risikosituation zu fällen.	Neue Bestimmung gemäss § 20 Abs. 2 BO 2004 aufgrund geänderter Personen-/Nutzungsbeschränkungen aufgrund der Störfallvorsorge Gasröhrenspeicher (wurde von «ener- gie wasser luzern» neu bewertet).
3	Es gilt die Lärmempfindlichkeitsstufe III. Für die Hundeausbildungsanlage und für die übrigen zulässigen Nutzungen sind mindestens 46 Abstellplätze für Motorfahrzeuge zu erstellen. Die erforderlichen Abstellplätze sind in der angrenzenden Arbeitszone C (im Zonenplan speziell gekennzeichnete Fläche) zu realisieren.		Ein Umgebungsgestaltungsplan ist Bestandteil des Bauge- suchs und ist durch den Betreiber zu erstellen. Es gilt die Lärmempfindlichkeitsstufe III. Für die Hundeausbildungsanlage und für die übrigen zulässi- gen Nutzungen sind mindestens 46 Abstellplätze für Motor- fahrzeuge zu erstellen. Die erforderlichen Abstellplätze sind in	Bestehenden Bestimmung gemäss § 20 Abs. 2 BO 2004 Bestehenden Bestimmung gemäss § 20 Abs. 2 BO 2004 Sinngemässe Überführung der bestehenden Bestimmung gemäss § 20 Abs. 3 BO 2004

der angrenzenden Arbeitszone C (im Zonenplan speziell gekennzeichnete Fläche) Bauzone mit speziellen Vorschriften Bösch zu realisieren. Ferner ist pro Wohnnutzung ein Anbau für einen Carport mit max. zwei Autoparkplätzen zulässig.

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
	f. Schutzzonen und Schutzobjekte	
§ 23c Ortsbildschutzzone (überlagernde Zone)	Art. 27 Überlagernde Ortsbildschutzzone (OS)	
 Die Ortsbildschutzzone überlagert die Grundnutzungen. Die Ortsbildschutzzone dient der Erhaltung und Pflege des jeweiligen Orts- und Quartierbildes. Gebäude und Freiräume dürfen nur verändert werden, wenn sie das Orts- und Quartierbild nicht beeinträchtigen. Einzelne Neubauten sind zulässig, wenn sie in Lage, Grösse und Gestaltung dem Charakter des schutzwürdigen Ortsbildes entsprechen. 	1 Die Ortsbildschutzzone bezweckt die Erhaltung der Eigenart und Schönheit sowie die Weiterentwicklung der in der Ortsbildschutzzone gelegenen prägenden Bauten, Anlagen, Naturobjekte und Freiräume. Bauten und Anlagen müssen sich besonders gut in die Umgebung einpassen. Neubauten müssen überdies dem Charakter des schutzwürdigen Ortsbilds entsprechen und dieses räumlich sinnvoll ergänzen.	§ 25 Abs. 1 Musterbauordnung Sinngemäss bestehende Bestimmung § 23c Abs. 2 BO 2004
3 Der Gemeinderat kann vor der Erteilung der Baubewilligung	2 Das kantonale Amt für Denkmalpflege und Archäologie wirkt	§ 25 Abs. 2 Musterbauordnung
oder vor der Einreichung eines Baugesuches eine Studie oder die Durchführung eines Wettbewerbes gemäss § 37 BO verlangen.	bei Bauvorhaben beratend mit. 3 Ortsbildschutzzonen sind einer Grundnutzung überlagert.	Bestehende Bestimmung § 23c Abs. 1 BO 2004 § 25 Abs. 1 Musterbauordnung
§ 23d Ortsbildschutzzone Wart (Schutzzone ausserhalb der Bauzone)	Art. 28 Ortsbildschutzzone Wart (OS W)	Bestehende Bestimmung § 23d BO 2004
 Die Ortsbildschutzzone Wart ist eine für sich bestehende Schutzzone ausserhalb der Bauzone. Sie dient dem Erhalt und der behutsamen Weiterentwicklung des historischen Bauensembles Wart und der Freiräume und setzt die Ziele des ISOS – Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung um. Die nachfolgenden Absätze definieren die grundsätzlichen baulichen Möglichkeiten und Entwicklungen. Vorbehalten bleiben die notwendigen kommunalen und kantonalen Bewilligungen. Die bauliche Entwicklung der geschützten Gebäude ist in Zusammenarbeit mit der kantonalen Denkmalpflege festzulegen. Bei geschützten Gebäuden kann die Denkmalpflege ein Wettbewerbsverfahren verlangen. Eine vollständige Zweckänderung der geschützten Gebäude sowie untergeordnete bauliche Erweiterungen sind möglich, sofern sie mit dem denkmalpflegerischen Schutz vereinbar und für den langfristigen Erhalt der geschützten Gebäude notwendig sind. Das Forstmagazin, Assek. Nr. 78b, ist in seiner heutigen Erscheinung zu erhalten (Stand März 2018). Das Nebengebäude, Assek Nr. 78c, kann durch einen Neubau mit gleichem Volumen ersetzt werden, sofern dies für den Betrieb und Weiterbestandes des Restaurants Wart zwingend notwendig ist. In diesem Zusammenhang ist eine vollständige Zweckänderung des Forstmagazins, Assek. Nr. 78b, und des Nebengebäudes, Assek Nr. 78c, für Gastronomie oder Dienstleistungen möglich. 	 Die Ortsbildschutzzone Wart ist eine für sich bestehende Schutzzone ausserhalb der Bauzone. Sie dient dem Erhalt und der behutsamen Weiterentwicklung des historischen Bauensembles Wart und der Freiräume und setzt die Ziele des ISOS – Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung um. Die nachfolgenden Absätze definieren die grundsätzlichen baulichen Möglichkeiten und Entwicklungen. Vorbehalten bleiben die notwendigen kommunalen gemeindlichen und kantonalen Bewilligungen. Die bauliche Entwicklung der geschützten Gebäude ist in Zusammenarbeit mit der kantonalen Denkmalpflege festzulegen. Bei geschützten Gebäuden kann die Denkmalpflege ein Wettbewerbsverfahren verlangen. Eine vollständige Zweckänderung der geschützten Gebäude sowie untergeordnete bauliche Erweiterungen sind möglich, sofern sie mit dem denkmalpflegerischen Schutz vereinbar und für den langfristigen Erhalt der geschützten Gebäude notwendig sind. Das Forstmagazin, Assek. Nr. 78b, ist in seiner heutigen Erscheinung zu erhalten (Stand März 2018). Das Nebengebäude, Assek Nr. 78c, kann durch einen Neubau mit gleichem Volumen ersetzt werden, sofern dies für den Betrieb und Weiterbestandes des Restaurants Wart zwingend notwendig ist. In diesem Zusammenhang ist eine vollständige Zweckänderung des Forstmagazins, Assek. Nr. 78b, und des Nebengebäudes, Assek Nr. 78c, für Gastronomie oder Dienstleistungen möglich. 	

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
Die bauliche Entwicklung ist in einem gemeinsamen Wettbewerb mit dem geschützten Restaurant Wart festzulegen. Im Wettbewerb ist die Umgebung (Parkierung, öffentliche und private Plätze) miteinzubeziehen. Sofern die Entwicklung der Gebäude nicht mit dem Restaurant Wart in Zusammenhang steht, gelten die baulichen Bedingungen nach RPG. 5 Das Restaurant Wartstein, Assek Nr. 45a, und die Scheune Wartstein, Assek Nr. 45b, sind in ihrer heutigen Erscheinung (Stand März 2018) zu erhalten. Beim Restaurant Wartstein, Assek Nr. 45a, ist eine interne Umnutzung zwischen Wohnen und Arbeiten / Dienstleistungen resp. Gastronomie bei guter Gestaltung und ohne zusätzliche Parkplätze möglich. Ansonsten gelten die baulichen Bedingungen nach RPG. Im Rahmen einer Umnutzung sind die Freiflächen in einem Umgebungsplan festzulegen.	Die bauliche Entwicklung ist in einem gemeinsamen Wettbewerb mit dem geschützten Restaurant Wart festzulegen. Im Wettbewerb ist die Umgebung (Parkierung, öffentliche und private Plätze) miteinzubeziehen. Sofern die Entwicklung der Gebäude nicht mit dem Restaurant Wart in Zusammenhang steht, gelten die baulichen Bedingungen nach RPG. 5 Das Restaurant Wartstein, Assek Nr. 45a, und die Scheune Wartstein, Assek Nr. 45b, sind in ihrer heutigen Erscheinung (Stand März 2018) zu erhalten. Beim Restaurant Wartstein, Assek Nr. 45a, ist eine interne Umnutzung zwischen Wohnen und Arbeiten / Dienstleistungen resp. Gastronomie bei guter Gestaltung und ohne zusätzliche Parkplätze möglich. Ansonsten gelten die baulichen Bedingungen nach RPG. Im Rahmen einer Umnutzung sind die Freiflächen in einem Umgebungsplan festzulegen.	
 6 Das Waschhaus, Assek Nr. 1548a, ist in seiner heutigen Erscheinung (Stand März 2018) zu erhalten. Eine interne Umnutzung, ohne Wohnen, ist bei guter Gestaltung und ohne zusätzliche Parkplätze möglich. 7 Die Gebäude, Assek Nr. 77c (Holzschopf Wartrain), und Assek 	 Das Waschhaus, Assek Nr. 1548a, ist in seiner heutigen Erscheinung (Stand März 2018) zu erhalten. Eine interne Umnutzung, ohne Wohnen, ist bei guter Gestaltung und ohne zusätzliche Parkplätze möglich. Die Gebäude, Assek Nr. 77c (Holzschopf Wartrain), und Assek 	
Nr. 77d (Nebengebäude Wartrain), sind in ihrer heutigen Form und Nutzung zu erhalten. Ansonsten gelten die Bestimmungen gemäss RPG.	Nr. 77d (Nebengebäude Wartrain), sind in ihrer heutigen Form und Nutzung zu erhalten. Ansonsten gelten die Bestimmungen gemäss RPG.	
8 Für alle weiteren Bauten- und Anlagen gelten die Bestimmungen gemäss RPG.	8 Für alle weiteren Bauten und Anlagen gelten die Bestimmungen gemäss RPG.	
9 Das Umgebungskonzept vom 31. August 2018 ist wegweisend für die Beurteilung und Bewilligung der einzelnen Vorhaben in der Ortsbildschutzzone Wart.	9 Das Umgebungskonzept vom 31. August 2018 ist wegweisend für die Beurteilung und Bewilligung der einzelnen Vorhaben in der Ortsbildschutzzone Wart.	
10 Die heutigen Parkierungs- und Erschliessungsflächen sind ge- stalterisch aufzuwerten.	10 Die heutigen Parkierungs- und Erschliessungsflächen sind ge- stalterisch aufzuwerten.	
§ 23b Zone archäologischer Fundstätten	Art. 29 Zone archäologischer Fundstätten (arf)	
Die Zone archäologischer Fundstätten überlagert die Grundnutzung und dient der Erhaltung archäologisch bedeutsamer Funde. Sämtliche Terrainveränderungen in dieser Zone sind bewilligungspflichtig und bereits im Projektstadium mit dem Amt für Denkmalpflege und Archäologie zu besprechen.	 Die Zone archäologischer Fundstätten dient der Erhaltung archäologisch bedeutsamer Fundstätten. Sämtliche Terrainveränderungen in dieser Zone sind bewilligungspflichtig und bereits im Projektstadium dem Amt für Denkmalpflege und Archäologie zur Stellungnahme zu unterbreiten. 	§ 26 Abs. 1 Musterbauordnung Sinngemäss bestehende Bestimmung § 23b BO 2004 § 26 Abs. 2 Musterbauordnung
	3 Zonen archäologischer Fundstätten sind einer Grundnutzung überlagert.	§ 26 Abs. 3 Musterbauordnung

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
§ 24 Gemeindliche Landschaftsschutzzone	Art. 30 Landschaftsschutzzone gemeindlich (LSG)	
 Die gemeindliche Landschaftsschutzzone ist der Landwirtschaftszone überlagert. Sie dient der Freihaltung der Gebiete vor Bauten, vor dauernd optisch in Erscheinung tretenden Anlagen sowie von Baumschulen. 	 Die Landschaftsschutzzone dient der Erhaltung oder Wiederherstellung besonders qualitätsvoller Landschaften in ihrer Vielfalt und Eigenart. Bauten und Anlagen sind besonders sorgfältig zu gestalten und in die Landschaft einzuordnen. Die typischen Elemente wie Hecken und Feldgehölze, landschaftsprägende Anlagen wie historische Wegverbindungen, Wegkreuze und dergleichen, markante Einzelbäume sowie Ufergehölze sind zu erhalten, zu fördern und zu pflegen. Die Gemeinde kann Ersatzpflanzungen anordnen. Eine Aufwertung mit Gehölzen, Hecken und Kleingewässern ist anzustreben und kann mit Beiträgen unterstützt werden. Landschaftsschutzzonen sind einer Grundnutzung überlagert. 	§ 27 Musterbauordnung, sinngemässe Überführung der bestehenden Bestimmung § 24 BO 2004
§ 23a Naturschutzzonen	Art. 31 Naturschutzzone gemeindlich (NSG)	
 Die Naturschutzzonen dienen der Erhaltung und Pflege von naturnahen Pflanzen- und Tiergemeinschaften wie Riedwie- sen, Trockenstandorte, Hecken und Feldgehölzen. Massgeblich für die kantonalen Bauverbotszonen (kantonale Seeuferschutzzonen) ist der vom Regierungsrat erlassene See- uferschutzplan. Die Gemeinde kann die Erarbeitung von Landschaftsentwick- lungskonzepten (LEK) sowie Naturschutzgebiete, Heckenpflan- zungen usw. im Rahmen des Budgets finanziell unterstützen. 	 Die gemeindliche Naturschutzzone dient der Erhaltung und Förderung schutzwürdiger Lebensräume von seltenen und be- drohten Tier- und Pflanzenarten wie Riedwiesen, Trocken- standorten, Hecken und Feldgehölzen. Einzelheiten betreffend Nutzung und Pflege kann der Gemein- derat in separaten Schutzplänen und Verordnungen sowie mit Verträgen regeln. Die Gemeinde kann die Erarbeitung von Landschaftsentwick- lungskonzepten (LEK) sowie Naturschutzgebiete und Hecken- pflanzungen finanziell unterstützen. 	Sinngemäss bestehende Bestimmung § 23a Abs. 1 BO 2004 § 28 Musterbauordnung Sinngemäss § 28 Abs. 2 Musterbauordnung Bestehende Bestimmung § 23a Abs. 3 BO 2004
	Art. 32 Zone für Gewässerraum (Gew)	
	 Die Zone für Gewässerraum dient der Freihaltung des bundesrechtlichen Gewässerraums. Es sind Nutzungen nach Massgabe des Bundesrechts zulässig. Der Gemeinderat kann gestützt auf Gewässerprojekte unter Beachtung des festgelegten Gewässerraumes flächengleiche unwesentliche Arrondierungen der Zonen für Gewässerraum vornehmen. Wo der Zonenplan keine Zone für Gewässerraum bezeichnet, wird auf die Festlegung eines Gewässerraums verzichtet. Zonen für Gewässerraum sind einer Grundnutzung überlagert. 	§ 29 Musterbauordnung Neue Bestimmung Anpassung aufgrund Vorbehalts aus kant. Vorprüfung Neue Bestimmung § 29 Musterbauordnung

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
	3. Bauvorschriften	
§ 13 Einordnung	Art. 33 Einordnung	
1 Gebäude müssen sich hinsichtlich Grösse, Lage, Gestaltung und Oberfläche des Baukörpers sowie dessen Aussenraums so in die Umgebung einordnen, dass eine gute Gesamtwir- kung entsteht.	1 Bauten, Anlagen und Aussenräume müssen sich hinsichtlich Lage, Grösse, Gestaltung, Materialisierung, Farbgebung und Ausgestaltung des Übergangs zum öffentlichen Raum sowie zu den Siedlungsrändern so in die Umgebung und Landschaft	§ 30 Musterbauordnung
 Bauten, Anlagen, Anschriften, Farbgebungen, Antennen und Reklamen dürfen insbesondere Landschaften sowie Orts-, Quartier- und Strassenbilder nicht erheblich beeinträchtigen. In der Baubewilligung können Nebenbestimmungen aufge- 	 einordnen, dass eine gute Gesamtwirkung erzielt wird. 2 Das Einordnungsgebot gilt insbesondere auch für Terrainveränderungen, Dachaufbauten, Antennen, Beschriftungen, Reklamen, Aussenbeleuchtungen und dergleichen. 3 In der Baubewilligung können Nebenbestimmungen aufge- 	§ 30 Musterbauordnung Bestehende Bestimmung gemäss § 13 Abs. 3 BO 2004
nommen werden, welche die Gestaltung betreffen.	nommen werden, welche die Gestaltung betreffen.	
§ 29 Terrainveränderungen	Art. 34 Terrainveränderungen	
 Terrainveränderungen sind auf das Minimum zu beschränken. Das gestaltete Terrain (Stützmauern, Böschungen, Aufschüttungen und dergleichen) darf das gewachsene Terrain um nicht mehr als 1.50 m überragen. Mauern und mauerartige Böschungen dürfen bis zu einer Höhe von 1.50 m ab gewachsenem Terrain an die Grenze gestellt werden. Böschungen sind 0.50 m von der Grenze entfernt anzusetzen. Bei Terrassenhäusern dürfen bei der seitlichen Terraingestaltung Stützmauern und mauerartige Böschungen eine Höhe von höchstens 3.00 m aufweisen und ihre Länge ist auf das Minimum zu beschränken. Bei Vorliegen besonderer Umstände kann der Gemeinderat bei architektonisch guter Umsetzung und gut in die Landschaft eingepasster Umgebungsgestaltung Abweichungen zulassen. 	 Terrainveränderungen sind auf das Minimum zu beschränken. Das gestaltete Terrain (Stützmauern, Böschungen, Aufschüttungen und dergleichen) darf das gewachsene massgebende Terrain um nicht mehr als 1.50 m überragen. Mauern und mauerartige Böschungen dürfen bis zu einer Höhe von 1.50 m ab gewachsenem massgebendem Terrain an die Grenze gestellt werden. Böschungen sind 0.50 m von der Grenze entfernt anzusetzen. Bei Terrassenhäusern dürfen bei der seitlichen Terraingestaltung Stützmauern und mauerartige Böschungen eine Höhe von höchstens 3.00 m aufweisen und ihre Länge ist auf das Minimum zu beschränken. Bei Vorliegen besonderer Umstände kann der Gemeinderat die Gemeinde bei architektonisch guter Umsetzung und gut in die Landschaft eingepasster Umgebungsgestaltung Abweichungen zulassen. 	Bestehende Bestimmung gemäss § 29 BO 2004
	Art. 35 Ökologischer Ausgleich	
	 Für einen angemessenen ökologischen Ausgleich sind gemäss Art. 15 Verordnung über den Natur- und Heimatschutz (NHV) im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens ökologische Ausgleichsmassnahmen zu treffen. Die Ausgleichsmassnahmen bezwecken die Vernetzung oder Neuschaffung von Biotopen, die Förderung der Artenvielfalt, eine möglichst schonende und naturnahe Bodennutzung sowie die Einbindung der Natur in den Siedlungsraum und die Belebung des Landschaftsbilds. Es sind mindestens 25 % der anrechenbaren Grünfläche gemäss Art. 13 als ökologische Ausgleichsflächen zu gestalten und entsprechend zu pflegen. Die Ausgleichsflächen sind mit 	Neue Bestimmung, teilweise Übernahme von § 38 Abs. 3 Musterbauordnung

standortgerechten, nicht invasiven Pflanzenarten und Kleinstrukturen zu bepflanzen. 3. Die Gemeinde kann den Anteil an ökologischen Ausgleichsflächen gemäss Abs. 2 reduzieren, soweit die örflichen Verhältnisses die ökologischen Ausgleichsmassnahmen verunmöglichen. Art. 36 Baumpflanzvorgaben und Baumschutz 1. Der Baumbestand ist im Grundsatz zu erhalten und nach Möglichkeit zu ergänzen. 2. Bei Neubauten oder wesentlichen Umbauten ist ein Grossbaum oder zweit Kleinbäume vorzusehen bzw. zu erhalten, bezogen auf die nicht mit Bauten überstellte anrechenbare Grundstücksfläche: a) Wohnzone; pro 250 m² b) Wohn- und Arbeitszone: pro 350 m² c) Arbeitszone und Bauzone mit spaziellen Vorschriften Bösch; pro 600 m² Keine Baumpflanzvorgaben zu erfüllen sind bei Grundstücksen kleiner als 800 m² anrechenbare Grundstücksfläche. 3. Die Gemeinde befreit von der Pflicht gemäss Absatz 2 ganz oder teilweise, soweit die örflichen Verhältnisse die Pflanzung verunmöglichen. 4. Bei der Neupflanzung ist ein überlebensfähiger Wurzelraum vorzusehen, der nicht durch Unterbauung beeinträchtigt wird, und es sind standortgerechte und klimaangepasste Baumarten zu verwenden. 5. Das Fällen von Bäumen in den Bauzonen und der OelFE-Zone mit einem Stammumfang von mehr als 100 cm, gemessen 1.0 m über dem Boden, ist bewilligungspflichtig. Bei mehrstämmigen Bäumen wird der Unterbauung beseinträchtigt wird, und es sind stamdortgerechte und klimaangepasste Baumarten zu verwenden. 6. Das Fällen von Bäumen in den Bauzonen und der OelFE-Zone mit einem Stammumfang von mehr als 100 cm, gemessen 1.0 m über dem Boden, ist bewilligungspflichtig. Bei mehrstämmigen Bäumen wird der Unterbewek einees	rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
1 Der Baumbestand ist im Grundsatz zu erhalten und nach Möglichkeit zu ergänzen. 2 Bei Neubauten oder wesentlichen Umbauten ist ein Grossbaum oder zwei Kleinbäume vorzusehen bzw. zu erhalten, bezogen auf die nicht mit Bauten überstellte anrechenbare Grundstücksfläche: a) Wohnzone: pro 250 m² b) Wohn- und Arbeitszone ipro 350 m² c) Arbeitszone und Bauzone mit speziellen Vorschriften Bösch: pro 600 m² Keine Baumpflanzvorgaben zu erfüllen sind bei Grundstücken kleiner als 600 m² anrechenbare Grundstücksfläche. 3 Die Gemeinde befreit von der Pflicht gemäss Absatz 2 ganz oder teilweise, soweit die örtlichen Verhältnisse die Pflanzung verunmöglichen. 4 Bei der Neupflanzung ist ein überlebensfähiger Wurzelraum vorzusehen, der nicht durch Unterbauung beeinträchtigt wird, und es sind standortgerechte und klimaangepasste Baumarten zu verwenden. 5 Das Fällen von Bäumen in den Bauzonen und der OelFE-Zone mit einem Stammumfang von mehr als 100 cm., gemessen 1.0 m über dem Boden, ist bewilligungspflichtig. Bei mehrstämmigen Bäumen wird der Umfang der Teilstämme zusammengerechnetDer Fällung gleichgestellt ist das Entfernen wesentlicher Teile im Kronenbereich oder am Wurzelwerk eines		strukturen zu bepflanzen. 3 Die Gemeinde kann den Anteil an ökologischen Ausgleichsflächen gemäss Abs. 2 reduzieren, soweit die örtlichen Verhältnisse die ökologischen Ausgleichsmassnahmen verunmögli-	Neue Bestimmung
lichkeit zu ergänzen. 2 Bei Neubauten oder wesentlichen Umbauten ist ein Grossbaum oder zwei Kleinbäume vorzusehen bzw. zu erhalten, bezogen auf die nicht mit Bauten überstellte anrechenbare Grundstücksfläche: a) Wohnzone: pro 250 m² b) Wohn- und Arbeitszone: pro 350 m² c) Arbeitszone und Bauzone mit speziellen Vorschriften Bösch: pro 600 m² Keine Baumpflanzvorgaben zu erfüllen sind bei Grundstücken kleiner als 600 m² arrechenbare Grundstücksfläche. 3 Die Gemeinde befreit von der Pflicht gemäss Absatz 2 ganz oder teilweise, sowit die örtlichen Verhältnisse die Pflanzung verunmöglichen. 4 Bei der Neupflanzung ist ein überlebensfähiger Wurzelraum vorzusehen, der nicht durch Unterbauung beeinträchtigt wird, und es sind standortgerechte und klimaangepasste Baumarten zu verwenden. 5 Das Fällen von Bäumen in den Bauzonen und der OelFE-Zone mit einem Stammumfang von mehr als 100 cm, gemessen 1.0 m über dem Boden, ist bewilligungspflichtig. Bei mehrstämmigen Bäumen wird der Umfang der Teilstämme zusammengerechnetDer Fällung gleichgestellt ist das Entfernen wesentlicher Teile im Kronenbereich oder am Wurzelwerk eines		Art. 36 Baumpflanzvorgaben und Baumschutz	Neue Bestimmung
Baumes. 6 Die Bewilligung für die Fällung wird erteilt, wenn: a) die Beseitigung aufgrund des Gesundheitszustands des Baums notwendig ist, b) die Beseitigung eine Pflegemassnahme für den übrigen Baumbestand darstellt, c) die Beseitigung aus Gründen der Wohnhygiene notwendig ist, d) der Baum die ordentliche Grundstücksnutzung übermässig erschwert.		 Der Baumbestand ist im Grundsatz zu erhalten und nach Möglichkeit zu ergänzen. Bei Neubauten oder wesentlichen Umbauten ist ein Grossbaum oder zwei Kleinbäume vorzusehen bzw. zu erhalten, bezogen auf die nicht mit Bauten überstellte anrechenbare Grundstücksfläche: Wohnzone: pro 250 m² Wohn- und Arbeitszone: pro 350 m² Arbeitszone und Bauzone mit speziellen Vorschriften Bösch: pro 600 m² Keine Baumpflanzvorgaben zu erfüllen sind bei Grundstücken kleiner als 600 m² anrechenbare Grundstücksfläche. Die Gemeinde befreit von der Pflicht gemäss Absatz 2 ganz oder teilweise, soweit die örtlichen Verhältnisse die Pflanzung verunmöglichen. Bei der Neupflanzung ist ein überlebensfähiger Wurzelraum vorzusehen, der nicht durch Unterbauung beeinträchtigt wird, und es sind standortgerechte und klimaangepasste Baumarten zu verwenden. Das Fällen von Bäumen in den Bauzonen und der OelFE-Zone mit einem Stammumfang von mehr als 100 cm, gemessen 1.0 m über dem Boden, ist bewilligungspflichtig. Bei mehrstämmigen Bäumen wird der Umfang der Teilstämme zusammengerechnetDer Fällung gleichgestellt ist das Entfernen wesentlicher Teile im Kronenbereich oder am Wurzelwerk eines Baumes. Die Bewilligung für die Fällung wird erteilt, wenn: a) die Beseitigung aufgrund des Gesundheitszustands des Baums notwendig ist, b) die Beseitigung aus Gründen der Wohnhygiene notwendig ist, d) der Baum die ordentliche Grundstücksnutzung 	

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
	7 Mit der Bewilligung wird eine potenziell gleichwertige Ersatz- pflanzung auf dem gleichen oder einem umliegenden Grund- stück angeordnet. Die Beseitigung der Ersatzpflanzung bedarf, unabhängig vom Stammumfang, einer Bewilligung.	
§ 12 Spielflächen	Art. 37 Gemeinschaftliche Spiel- und Aufenthaltsflächen	Neue Bestimmung
 Bei Bauten mit mehr als vier Wohnungen und bei Arealbebauungen und Bebauungsplänen sind kindgerechte Spielflächen zu erstellen. Die Grösse der Spielflächen hat mindestens 15 % der für das Wohnen anzurechnenden Geschossfläche zu betragen. 	1 Bei Bauten mit mehr als acht Wohnungen und bei Bebauungs- plänen sind zusammenhängende, aufenthaltsfreundlich ge- staltete gemeinschaftliche Aufenthaltsflächen mit ausreichen- den kindgerechten Angeboten zu erstellen und dauerhaft zu erhalten.	Neue Bestimmung, teilweise Übernahme bestehender Bestimmung gemäss § 12 Abs. 1 BO 2004
	 Die Grösse der Spiel- und Aufenthaltsflächen muss insgesamt mindestens 10 % der für das Wohnen anzurechnenden Geschossfläche betragen. Die Spiel- und Aufenthaltsflächen können an die Grünflächenziffer gemäss V PBG angerechnet werden, sofern sie den Anforderungen an die Grünflächenziffer entsprechen. Werden grundstücksübergreifende Spielflächen realisiert, so kann von der Mindestfläche gemäss Abs. 2 abgewichen werden. Voraussetzung ist, dass die Spielflächen qualitativ hochwertig ausgestaltet werden. 	Neue Bestimmung Neue Bestimmung
§ 14 Dachgestaltung	Art. 38 Dach- und Fassadengestaltung	
 Dachaufbauten und -einschnitte von Schrägdächern dürfen zusammen nicht breiter als 40 % der zugeordneten Gebäudelänge sein. Anlagen der Haustechnik dürfen auf dem Dach nur angebracht werden, wenn dies technisch notwendig ist; sie sind in die Dachgestaltung einzubeziehen. 	1 Dachaufbauten haben sich in Grösse, Form und Material gut ins Dach zu integrieren. Sie haben sich der Dachfläche unterzuordnen und dürfen in der Regel einen Drittel der Fassadenlänge nicht überschreiten. Bei einwandfreier architektonischer und dachschonender Gestaltung können Abweichungen bis zur Hälfte der Fassadenlänge zugelassen werden.	Neue Bestimmung
	2 Anlagen der Haustechnik dürfen auf dem Dach nur angebracht werden, wenn dies technisch notwendig ist; sie sind in die Dachgestaltung einzubeziehen.	Neue Bestimmung
	3 Die Dächer von Attikageschossen dürfen nicht als Terrassen	Neue Bestimmung
	 genutzt werden. Flachdächer von Neubauten mit einer Neigung kleiner als 10° sind mindestens extensiv zu begrünen, soweit sie nicht als begehbare Terrassenfläche genutzt werden. Dies gilt auch bei der Nutzung von Solaranlagen. 	Neue Bestimmung, teilweise Übernahme § 40 Abs. 1 Musterbauordnung
	5 Bei Neu- und Umbauten sind Glasfassaden und andere spie- gelnde oder transparente Bauteile so zu gestalten, dass von ihnen keine erhebliche Gefahr für Vögel ausgeht.	§ 40 Abs. 2 Musterbauordnung

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
	Art. 39 Beleuchtung	Neue Bestimmung
	 Aussenbeleuchtungen sowie vom Innenraum in den Aussenraum wirkende Emissionsquellen (Schaufensterbeleuchtungen) sind technisch und gestalterisch auf das notwendige Mass zu beschränken und so zu gestalten, dass unnötige Lichtemissionen vermieden werden. Es ist die entsprechende SIA-Norm anzuwenden. Nicht sicherheitsrelevante Beleuchtungen sind zwischen 20 Uhr und 7 Uhr auszuschalten. In begründeten Fällen, bspw. bei Betrieben mit längeren Öffnungszeiten, kann die Gemeinde Ausnahmen erteilen. 	
	Art. 40 Klimaanpassung und Ressourcenschonung	Neue Bestimmung
	Dem Klimaschutz und der Klimaanpassung ist im gesamten Planungs- und Bauwesen auf allen Ebenen Rechnung zu tragen.	§ 38 Abs. 1 Musterbauordnung
	Plätze sind, wenn immer möglich, mit sickerfähigem Belag auszugestalten. Die Materialisierung von Verkehrsflächen, Plätzen, Terrassen etc. sowie von deren Oberflächenbeschaffenheit und Einfärbung ist dabei so zu wählen, dass sie dem Hitzeinseleffekt entgegenwirkt.	Neue Bestimmung
	 Für Bauten und Anlagen sind nach Möglichkeit ressourcenschonende, ökologische Materialien zu verwenden. 	Neue Bestimmung
	Art. 41 Naturobjekte	§ 39 Musterbauordnung
	Die Naturobjekte von gemeindlicher Bedeutung gemäss Inventar gemeindlicher Naturobjekte sind geschützt.	Neue Bestimmung
	2 Sie sind zu erhalten, zu pflegen und bei ihrem natürlichen Ab-	Sinngemäss § 39 Abs. 2 Musterbauordnung
	 gang durch die Eigentümerschaft zu ersetzen. Wird ein überwiegendes Interesse an der Veränderung oder Beseitigung eines Naturobjekts nachgewiesen, kann die Gemeinde eine entsprechende Bewilligung mit der Auflage eines gleichwertigen Ersatzes erteilen. 	Neue Bestimmung

recl	ntsgültige Bauordnung von Hünenbe	rg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revisi	on		Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
§ 7	Ein- und Abstellplätze		Art. 42 Parkierungsanlager	1		Sinngemäss § 32 Musterbauordnung
ohn	und Abstellplätze sind so zu gestalte e Beeinträchtigung der Verkehrssiche nen.	-	 Parkplätze sind so zu ger Strassenraumqualität er zwecks Erhaltung von G sig und rationell anzuore lichst mit wasserdurchlä Bei der Neuerstellung of kierungsanlagen ab drei erkannten Regeln der Ba nen Minimalwerte der Latät einzuhalten. 	tsteht. Insbesonde rünflächen und Vor Inen. Aussenparkpi ssigen Belägen zu Ier umfassenden S Wohnungen sind o ukunde und der Te	re sind Parkplätze gärten zweckmäs- lätze sind mög- gestalten. anierung von Par- lie gemäss den an- chnik vorgesehe-	Neue Bestimmung § 32 Abs. 3 Musterbauordnung
§ 8	Parkierung		Art. 43 Autoparkierung			Neue Bestimmung
; (Bei Neu- und wesentlichen Umbauter zeuge der Gebäudebenützer auf priva gene Kosten Ein- und Abstellplätze zu derat setzt für den Normalfall die Zah der Erteilung der Baubewilligung unt folgenden Normen fest:	tem Grund und auf ei- schaffen. Der Gemein- I in Zusammenhang mit	1 Für Wohnnutzungen erg die maximal zulässige Z nachfolgenden Tabelle: Abminderungsgebiet (gemäss Anhang 2)	ahl an Autoparkplä Anzahl Parkp Wohneir	tzen aufgrund der olätze (PP) pro nheit (WE)	
	o .	30 m² anzurechnende Ge-		Minimum	Maximum	
	·), mindestens jedoch 1	A	0.60 PP/WE	1.65 PP/WE	
	Platz pro Wohnung Läden, Büros, 1 Abstellplatz pro	J. 30 m² anzurechnende Ge-	В	0.75 PP/WE	1.95 PP/WE	
	Kleingewerbe schossfläche		C / übriges Gebiet	0.90 PP/WE	2.25 PP/WE	
I	Restaurants 1 Abstellplatz pro 3 Restaurationsfläch	30 m² anzurechnende	Bösch	0.60 PP/WE	1.65 PP/WE	
3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3	Massgebend für die Ermittlung der A die für die Berechnung der Ausnützur Geschossflächen sowie zusätzlich die nungen über dem obersten Geschoss Sofern besondere Gründe dies rechtf meinderat eine geringere Anzahl Absgrössere Anzahl Abstellplätze verlang weise Erstellung bewilligen. Bei Bautikumsverkehr sowie bei Lagerhäuser dustriebetrieben setzt der Gemeinder enden Abstellplätze von Fall zu Fall fe Normen und Empfehlungen des Vere Strassenfachleute (VSS) sind die öffe teressen abzuwägen. Der Gemeinderat kann auch Auflager gänglichkeit von Abstellplätzen mach Nutzung durch Berufspendler, Kunde	nzahl Abstellplätze sind ngsziffer anzurechnenden Wohnflächen und Woh ertigen, kann der Ge- tellplätze zulassen, eine en oder eine etappen- en und Anlagen mit Pub- n, Grossgewerbe- und In- at die Zahl der zu erstel- est. Unter Beizug der ins Schweizerischer ntlichen und privaten In- zur Nutzung und Zu- en, besonders für die	 Pro sechs Wohneinherstellen. Die Zahl der Autopart 0.5 aufgerundet. Für Nichtwohnnutzunge liche und die maximal zufolgt: a) Der Normbedarf wird der Geschossfläche (Imittelt; b) Aufgrund der Gebiets (Anhang 2) ist der Noder Tabelle Abminde c) Die Zahl der Autopart Schluss der Berechnurundet. 	xplätze wird ab eine n berechnet sich di ılässige Zahl an Au aufgrund der Art o BGF) gemäss Tabel zuteilung gemäss z rmbedarf mit den F rung zu multiplizier xplätze wird für jede	em Bruchteil von e minimal erforder- toparkplätzen wie ler Nutzung und le Normbedarf er- Abminderungsplan Prozentsätzen aus en; e Nutzungsart am	

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision			Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
in zeitlicher Hinsicht oder was die Bewirtschaftung angeht. Be-	Tabelle Normbedarf (Nicht	wohnnutzungen)		
schränkt der Gemeinderat die Abstellplätze von vornherein, verzichtet er auf eine Ablösesumme gemäss Abs. 9 hienach. 5 Bei Nutzungsänderungen von Gebäuden kann der Gemeinde-	Art der Nutzung	Anzahl Parkpl Beschäftigte	ätze für ınd Kundschaft	
rat eine Anpassung des Angebotes an Abstellplätzen unab- hängig von der für das Gebäude ursprünglich erteilten Baube-	Industrie / gewerbliche Fabrikation	1.2 Parkplätze 100 m² BGF	pro	
willigung verlangen. 6 Die Fläche eines Abstellplatzes muss mindestens 12 m² betragen, Zufahrtsflächen nicht eingerechnet. Abstellplätze bei Wohnbebauungen dürfen die umgebenden Grünflächen nicht	Dienstleistung und Gewerk (bspw. Büro, Praxen, Maler betrieb, Spenglerei)		pro	
wesentlich schmälern. 7 Autoeinstellhallen von mehr als 10 Abstellplätzen müssen	Restaurant	0.2 Parkplätze Sitzplatz	pro	
mindestens einen Autowaschplatz aufweisen. 8 Wenn die örtlichen Verhältnisse die Schaffung von Abstellplät-	Für andere Nutzungen wird der entsprechenden VSS-N			
zen nicht erlauben, kann der Bauherr gegen Leistung einer entsprechenden Ablösungssumme von dieser Verpflichtung	Tabelle Abminderung (Nic	ıtwohnnutzunge	n)	
entbunden werden. Die Einnahmen sind ausschliesslich für die Schaffung vermehrter öffentlicher Parkierungsmöglichkei-	Abminderungsgebiet Min (gemäss Anhang 2)	imum I	Maximum	
ten zu verwenden. 9 Die Höhe der Ablösungssumme richtet sich nach dem jeweili-	A 30	% 6	60 %	
gen am 1. Januar jedes Jahres gültigen Baukostenindex (kan-	B 50	% 8	80 %	
tonale Gebäudeversicherung), aufgerundet auf 10 Punkte. Sie	C / übriges Gebiet 70	%	00 %	
beträgt Fr. 6'000 pro Abstellplatz bei einem Index von 750 Punkten.	Bösch 30	%	60 %	
 10 Bei Gebäuden mit mehr als 6 Wohnungen ist eine der Nutzung angemessene Anzahl Besucherparkplätze vorzusehen, zu bezeichnen und dauernd als solche zu betreiben. § 21b Parkplätze und Einschränkungen der anwesenden Personen in Arbeitszonen (Auszug) 1 In der im Zonenplan gekennzeichneten Fläche in Bösch sind nur Abstellplätze für Motorfahrzeuge für die angrenzende Übrige Zone mit speziellen Vorschriften für Freizeit (UeFr) zulässig. Hochbauten sind nicht zulässig. 	 Die Gemeinde befreit von oparkplätzen ganz oder teilva) wichtige öffentliche Interschutzes oder der Verkeb) der Aufwand für die Ershältnismässig wäre; c) ein Mobilitätskonzept er In der Bauzone mit speziell tätshubs mit Nachweis ein Für die Anzahl der Parkplätmassgebend. Im Gebiet 1 der Bauzone m 	eise, wenn ressen, namentlic hrssicherheit, ent ellung der Autoa stellt wird. en Vorschriften B es öffentlichen Int ze in Mobilitätshu	ch des Ortsbild- gegenstehen; bstellplätze unver- ösch sind Mobili- eresses zulässig. bs ist Abs. 2 nicht	

mäss Anhang 3 darf höchstens 20 % der maximal zulässigen Zahl an Autoparkplätzen als Aussenparkplätze erstellt werden. 6 Werden in der der Bauzone mit speziellen Vorschriften Bösch innerhalb eines Grundstücks mehr als 50 Parkplätze erreicht oder erstellt, ist mit dem Baugesuch ein Mobilitätsmanage-

mentkonzept vorzulegen.

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
	Art. 44 Zweiradparkierung	Neue Bestimmung
	 Bei Wohnnutzungen ist pro Zimmer mindestens ein Veloabstellplatz zu erstellen. Für die übrigen Nutzungen berechnet sich die Anzahl Velostellplätze nach der entsprechenden VSS-Norm. Die Abstellplätze für Velos müssen gut zugänglich an zweckmässiger Lage angeordnet werden. Wenigstens die Hälfte der Abstellplätze ist zu überdachen. Mindestens 5 % der Veloabstellplätze sind so zu gestalten, dass darauf Spezialvelos und fahrzeugähnliche Geräte abgestellt werden können. Für Wohnnutzungen ist pro 5 Wohnungen mindestens ein Motorradabstellplatz zu erstellen und für alle anderen Nutzungen ein Abstellplatz pro 500 m² Geschossfläche. Pro Abstellplatz ist eine Fläche von 2.30 x 1.20 m zu veranschlagen. Bezüglich Lage und Zufahrt unterliegen die Motorradabstellplätze denselben Anforderungen wie Autoparkplätze. 	Sinngemäss aus Leitfaden für Parkierungsreglemente der Gemeinden im Kanton Zug, Entwurf vom 21.03.2019
§ 6 Ein- und Ausfahrten	Art. 45 Erschliessung	
 Ein- und Ausfahrten sind so anzulegen, dass sie im Gebrauch niemanden gefährden oder behindern. Sie sind bewilligungs- pflichtig. Ein- und Ausfahrten dürfen innerhalb eines Abstandes von 	1 Erschliessungsanlagen, insbesondere Ein- und Ausfahrten, sind so anzulegen, dass sie im Gebrauch niemanden gefährden und behindern. Es muss insbesondere eine zureichende Sichtweite gewährleistet sein. Die anerkannten Regeln der Baukunde sind wegleitend.	§ 33 Abs. 1 Musterbauordnung
5 m von der Strassen- bzw. Trottoirgrenze höchstens 5 % und anschliessend höchstens 15 % Neigung aufweisen. Besteht ein	2 Das Oberflächenwasser darf nicht auf öffentlichen Grund ge-	§ 33 Abs. 2 Musterbauordnung
rechtskräftiger Baulinien- oder Strassenplan, so sind diese Masse von der projektierten Fahrbahn- oder Trottoirgrenze einzuhalten. Gefällsbrüche sind auszurunden.	leitet werden. 3 Ab Bauvorhaben von drei oder mehr Wohn- oder Gewerbegebäuden kann die Gemeinde auch ausserhalb von Bebauungsplanverfahren den Nachweis der guten internen Arealerschliessung für Fussgänger:innen und Velofahrer:innen, die Anbindung an das übergeordnete Verkehrsnetz und an Haltestellen des öffentlichen Verkehrs sowie, sofern die vorbestehende Belastung des Verkehrsnetzes oder die Luft- oder Lärmbelastung dies rechtfertigten, ein Mobilitätskonzept verlangen.	§ 32 Abs. 2 Musterbauordnung
	Art. 46 Entsorgungsanlagen	Neue Bestimmung
	Für geplante Wohnsiedlungen ab 30 Wohneinheiten und bei logistischem Bedarf für bestehende Wohnsiedlungen sowie für einzelne oder mehrere Strassenzüge kann die Gemeinde die Einrichtung einer öffentlichen Unterfluranlage für das Einzugsgebiet anordnen.	

rech	tsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
§ 10	Hindernisfreies Bauen	Art. 47 Hindernisfreies Bauen	
s d 2 B o o s o o d 3 B Z n u u s 4 Z	auten und Anlagen mit erheblichem Publikumsverkehr müsen so erstellt und betrieben werden, dass sie auch für Behinerte zugänglich und benützbar sind. Die Mehrfamilienhäusern sind Wohnungen im Erdgeschoss der solche mit Lifterschliessung so zu erstellen, dass eine pätere Anpassung an die Bedürfnisse einzelner behinderter der betagter Bewohner möglich ist. Insbesondere erfordert dies eine rollstuhlgerechte Erschliessung. Die wesentlichen Um- und Erweiterungsbauten sowie bei weckänderungen von Bauten und Anlagen darf auf Massnahnen für Behinderte nur verzichtet werden, wenn der Aufwand nverhältnismässig wäre oder ein sinnwidriges Ergebnis enttünde. Die beachten sind insbesondere folgende Grundsätze: für Behinderte sollen die gleichen Zugänge wie für Nichtbehinderte benützbar sein; Parkplätze für Behinderte sollen so angeordnet sein, dass lange Wege vermieden werden; bei öffentlich zugänglichen WC-Anlagen sowie bei Bauten und Anlagen mit erheblichem Publikumsverkehr muss mindestens eine behindertengerechte WC-Anlage vorhanden sein.	Gebäude mit fünf und mehr Wohneinheiten sowie Bauten und Anlagen mit mehr als 25 Arbeitsplätzen sind so zu gestalten, dass sie auch für Menschen mit Behinderung zugänglich sind. Bei den Wohneinheiten muss die Mehrheit der Wohnungen und bei den Arbeitsplätzen müssen sämtliche Plätze im Innern an deren Bedürfnisse anpassbar sein. Im Übrigen gelten die kantonalen Bestimmungen.	§ 34 Musterbauordnung Zwingende Verschärfung seitens Kantons aufgrund einer Motion
§ 27	Grenz- und Gebäudeabstände		
W H H 2 D h S G B P R P P P P P P P P P P P P P P P P P	Der grosse Grenzabstand ist von der Hausseite mit den Haupt- vohnräumen, der kleine Grenzabstand von allen übrigen lausseiten einzuhalten. Die Grenzabstände sind auch gegenüber Zonengrenzen einzu- alten. Grenzabstände können mit Zustimmung des Nachbarn oder ei Vorliegen eines entsprechenden Näher- oder Grenzbau- echtes verringert oder aufgehoben werden, sofern keine feu- rpolizeilichen, wohnhygienischen oder anderen öffentlichen nteressen entgegenstehen und soweit der Gebäudeabstand icht unterschritten wird. Greht das Attikageschoss näher als 1.50 m zur Fassade und immt es mit Ausnahme von Treppen- und Liftaufbauten nehr als einen Drittel der Fassadenlänge ein, so ist der Grenz- bstand um 2.50 m zu erhöhen. ür Unterniveaubauten beträgt der Grenzabstand 1.00 m.		Aufhebung aufgrund Vorbehalts aus kant. Vorprüfung: Auf die Bestimmung Abs. 1 bis 3 – welche § 44 V PBG wie- derholt – ist zu verzichten.

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
§ 15 Lärmschutz	Art. 48 Lärmschutz	
In den im Zonenplan speziell bezeichneten Teilen der Bauzone gilt der bundesrechtliche Planungswert.	Die Machbarkeit zur Einhaltung der Anforderungen nach Art. 24 Umweltschutzgesetz (USG) – Einhaltung der Planungswerte – ist im Einzonungsverfahren nachzuweisen. Die im Zonenplan beson- ders bezeichneten Gebiete «Massgebender Lärmgrenzwert: Pla- nungswert» und die notwendigen Massnahmen nach Art. 24 USG sind im Rahmen der Überbauung umzusetzen.	Gemäss Rückmeldung aus kantonaler Vorprüfung
§ 30 Einfriedungen		
 Für Einfriedungen gelten die Vorschriften des Privatrechts (EG ZGB). Einfriedungen ab einer Höhe von 1.80 m unterliegen dem Baubewilligungsverfahren und bedürfen der Zustimmung des Nachbarn. 		Zu streichen aufgrund Rückmeldung aus kant. Vorprüfung, bereits in § 44 V PBG abschliessend geregelt
§ 31 Terrassenhaus	Art. 49 Terrassenhaus	
 Terrassenhäuser sind nur in der Wohnzone W2b zulässig. Sie sind am Hang gelegene Gebäude, deren Geschosse um mindestens 3 m horizontal versetzt sind. Terrassenhäuser haben mindestens 3 Geschosse (Untergeschosse, Vollgeschosse, Dachgeschosse) aufzuweisen und sind nach max. 5 Geschossen zu unterbrechen. Allfällige zonengemässe Gebäudelängen dürfen in Hangrichtung überschritten wer-den. Weitere Bauten sind in der direkten Falllinie um mindestens eine Terrassenhausbreite seitlich zu verschieben und dürfen nicht sichtbar baulich verbunden sein. 	 Terrassenhäuser sind nur in der Wohnzone W2b zulässig. Sie sind am Hang gelegene Gebäude, deren Geschosse um mindestens 3 m horizontal versetzt sind. Terrassenhäuser haben mindestens 3 Geschosse (Untergeschosse, Vollgeschosse, Dachgeschosse) aufzuweisen und sind nach max. 5 Geschossen zu unterbrechen. Allfällige zonengemässe Gebäudelängen dürfen in Hangrichtung überschritten werden. Weitere Bauten sind in der direkten Falllinie um mindestens eine Terrassenhausbreite seitlich zu verschieben und dürfen nicht sichtbar baulich verbunden sein. 	Bestehende Bestimmung § 31 Abs. 1 BO 2004 Bestehende Bestimmung § 30 Abs. 2 BO 2004
3 Bei Terrassenhäusern darf kein Gebäudeteil das gewachsene Terrain längs der Gebäudefassade um mehr als 8.0 m überra- gen. Ausgenommen sind Brüstungen, Dachvorsprünge und technisch bedingte Dachaufbauten.	 Bei Terrassenhäusern darf kein Gebäudeteil das gewachsene massgebende Terrain längs der Gebäudefassade um mehr als 8.0 m überragen. Ausgenommen sind Brüstungen, Dachvorsprünge und technisch bedingte Dachaufbauten. 	Bestehende Bestimmung § 30 Abs. 3 BO 2004
4 Die Fassaden dürfen nicht fensterlos sein und keine Mauerwirkung erzeugen. Die Terrassen, Brüstungen und Treppenanlagen sind stark zu begrünen. Jedes Geschoss hat direkte seitliche Gartenaustritte aufs natürliche oder gestaltete Terrain aufzuweisen.	4 Die Fassaden dürfen nicht fensterlos sein und keine Mauerwirkung erzeugen. Die Terrassen, Brüstungen und Treppenanlagen sind stark zu begrünen. Jedes Geschoss hat direkte seitliche Gartenaustritte auf das natürliche massgebende oder gestaltete Terrain aufzuweisen.	Bestehende Bestimmung § 30 Abs. 4 BO 2004

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
§ 17 Sexgewerbe	Art. 50 Sexgewerbe	
In der Kernzone, den Wohnzonen W1, W2, W3 und W4, der Wohn- und Arbeitszone sowie in der Sonderbauzone Langrüti ist die Nutzung durch das Sexgewerbe untersagt.	In der Kernzone, den Wohnzonen W1, W2, W3 und W4, den Wohn- und Arbeitszonen, der Zone des öffentlichen Interesses für Bauten und Anlagen sowie in der Bauzone mit speziellen Vorschriften Langrüti ist die Nutzung durch das Sexgewerbe untersagt.	Sinngemäss bestehende Bestimmung § 17 BO 2004
§ 40 Bedingungen und Auflagen	Art. 51 Bedingungen und Auflagen	
Baurechtliche Entscheide können mit Bedingungen und Auflagen verknüpft werden. Die Bewilligung kann von einem Revers (Mehrwertrevers, Beseitigungsrevers und andere) abhängig gemacht werden.	Baurechtliche Entscheide k\u00f6nnen mit Bedingungen und Auflagen verkn\u00fcpft werden. Die Bewilligung kann von einem Revers (bspw. Mehrwertrevers, Beseitigungsrevers und andere) abh\u00e4ngig gemacht werden.	Bestehende Bestimmung § 40 Abs. 1 BO 2004
Wo nötig werden die Baugesuchsunterlagen den zuständigen kantonalen Stellen zur Einholung ihrer Stellungnahme über- mittelt.	2 Wo nötig, werden die Baugesuchsunterlagen den zuständigen kantonalen Stellen zur Einholung ihrer Stellungnahme über- mittelt.	Bestehende Bestimmung § 40 Abs. 2 BO 2004
3 Im Übrigen bestimmt der Gemeinderat den notwendigen Beizug von Fachleuten zur Prüfung der Baugesuche und Festlegung von Bedingungen und Auflagen bei Umweltschutz- und Energiefragen.	n bestimmt der Gemeinderat den notwendigen Bei- achleuten zur Prüfung der Baugesuche und Festle- Bedingungen und Auflagen bei Umweltschutz- und 3 Im Übrigen bestimmt der Gemeinderat die Gemeinde den not- wendigen Beizug von Fachleuten zur Prüfung der Baugesuche und Festlegung von Bedingungen und Auflagen bei Umwelt-	Bestehende Bestimmung § 40 Abs. 2 BO 2004
	4 Mit dem Baugesuch ist ein Umgebungsplan, jedoch mindestens ein Konzept zur Umgebungsgestaltung, bzw. eine andere geeignete Darstellung der Aussenräume mit den wesentlichen Gestaltungselementen und den ökologisch wertvollen Flächen einzureichen.	Neue Bestimmung, bereits heute Anwendungspraxis
§ 9 Wohnhygiene		
Die Situierung der Bauten hat die Belichtung und Besonnung zu berücksichtigen. Ausschliesslich nach Norden orientierte Wohnungen sind unzulässig.		Widerspricht § 42 Abs. 1 a) V PBG und wird deshalb aufgehoben.
Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräume müssen auf wenigstens 2/3 ihrer Grundfläche eine lichte Höhe von mindestens 2.30 m und in Mehrfamilienhäusern eine Bodenfläche von mindestens 10 m² aufweisen.		
Zu jeder Wohnung sind ausreichende Aufbewahrungs- und Abstellmöglichkeiten zu schaffen. Bei Mehrfamilienhäusern ist für jede Wohnung eine Abstellfläche von mindestens 8 % der anzurechnenden Geschossfläche, im Minimum aber 6 m² aus- zuführen.		
2 In Mehrfamilienhäusern sind, ohne Treppen zugängliche, ausreichend Abstellräume für Velos, Kinderwagen und dergleichen vorzusehen.		

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
§ 25 Anzurechnende Geschossfläche		
 In der W1-Zone und den W2-Zonen sind sonst nicht anrechenbare Geschossflächen im Dachgeschoss in die Berechnung der Ausnützungsziffer einzubeziehen, soweit diese Dachgeschossflächen 50 % der darunter liegenden Fläche des Vollgeschosses übersteigen. Reichen Räume in Vollgeschossen über mehrere Geschosshöhen¹², so sind deren nicht wirklichen Geschossflächen bei der Berechnung der Ausnützungsziffer mit zu berücksichtigen. 		Wird aufgehoben, da Bestimmung § 35 V PBG widerspricht. Die anzurechnende Geschossfläche ist in § 35 V PBG abschliessend geregelt. Widerspricht § 35 Abs. 2 c) V PBG (Lufträume von Wohnräumen sind nicht anzurechnen)
§ 28 Auskragende Gebäudeteile	-	
 Auskragende Gebäudeteile wie Erker und Balkone dürfen bis auf eine Tiefe von 1.50 m in den vorschriftsgemässen Grenzoder Gebäudeabstand hinein- oder über die Baulinie hinausragen, wenn sie nicht mehr als einen Drittel der Gebäudelänge beanspruchen und die Hauptfassade deutlich erkennbar bleibt. Dachvorsprünge dürfen höchstens 1.50 m in den Grenz- oder Gebäudeabstand hinein- oder über die Baulinie hinausragen. Die Baubewilligungsbehörde kann verlangen, dass Durchfahrts- oder Durchgangshöhen eingehalten werden. 		Bereits in § 21 V PBG geregelt
§ 32 Kleinbauten, Anbauten		
 Kleinbauten sind eingeschossige, nicht Wohn- oder Gewerbezwecken dienende Nebengebäude von höchstens 40 m² Grundfläche, 3.00 m Gebäudehöhe und 4.00 m Firsthöhe. Anbauten gelten nur dann als Kleinbauten, wenn diese nicht mehr als 12 m² Grundfläche aufweisen und nicht zu Wohnoder Gewerbezwecken verwendet werden.¹³ Pergolas und überdachte Gartensitzplätze gelten als Kleinbauten, wenn sie die für Kleinbauten festgelegten Masse einhalten. Wintergärten: Angebaute Wintergärten gelten nicht als Kleinbauten. Für Kleinbauten gelten folgende Abstandsvorschriften: a) Der Grenzabstand beträgt 3.00 m. Er kann mit Zustimmung des Nachbarn und mit Eintrag ins Grundbuch verringert oder ganz aufgehoben werden. b) Der Gebäudeabstand gegenüber Bauten auf dem gleichen Grundstück kann verringert werden, sofern keine gesundheits- oder feuerpolizeiliche oder andere öffentliche Interessen verletzt werden. 		Bereits in § 18 PBG geregelt. Grenzabstand von Kleinbauten und Anbauten ist gemäss § 26 Abs. 4 V PBG mindestens 2 m.

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
 c) Der Gebäudeabstand gegenüber Bauten auf dem Nachbargrundstück kann, gestützt auf eine Vereinbarung der beteiligten Grundeigentümer und unter der Voraussetzung, dass keine gesundheits- und feuerpolizeiliche oder andere öffentliche Interessen verletzt sind, verringert werden. 6 Die Anzahl der Kleinbauten je Grundstück kann vom Gemeinderat beschränkt werden. 		
§ 38 Abbruchbewilligung		
Der Abbruch von Bauten ist bewilligungspflichtig.		Nicht in Musterbauordnung enthalten.
§ 39 Reklamen und Antennen		
Reklamen, Schaukästen, Warenautomaten, Aussenantennen, Beleuchtungen und dergleichen bedürfen einer Bewilligung des Gemeinderates.		Bereits in § 44 PBG geregelt, was bewilligungsfrei ist. Um- kehrschluss: Alles andere ist bewilligungspflichtig.
§ 41 Bau- und Bezugskontrollen		
 Der Gemeinderat erlässt Weisungen über die Schnurgerüst-, Sockel-, Rohbau- und Bezugskontrollen, die Einmessung und Kontrolle der Kanalisation, die Anzeigepflicht bei Beginn und Fertigstellung der Kaminanlagen und die Abnahme der Feuer- anlagen. Die Bezugsbewilligung wird erteilt, wenn der Bau trocken ist und Zufahrt und Zugang einwandfrei sind. Vor Baubeginn, das heisst mindestens 10 Tage vor Schnurge- rüstkontrolle, sind dem Bauamt die Ausführungspläne und der Energienachweis zur Bewilligung einzureichen. 		Nicht in Musterbauordnung enthalten.

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
	4. Schlussbestimmungen	
§ 42a Mehrwertabgabe	Art. 52 Mehrwertabgabe	
 Die Einwohnergemeinde erhebt mittels verwaltungsrechtlichem Vertrag von den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern eine Mehrwertabgabe von 20 % des Bodenmehrwerts bei Umzonungen, Aufzonungen und Bebauungsplänen im Sinne von § 52a Abs. 2a des Planungs- und Baugesetzes (PBG) vom 26. November 1998. Die Mehrwertabgabe wird im Sinne von § 52d PBG zweckgebunden für die Entschädigung von Rückzonungen sowie zur 	1 Die Einwohnergemeinde erhebt mittels verwaltungsrechtlichem Vertrag von den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern eine Mehrwertabgabe von 20 % des Bodenmehrwerts-bei Umzonungen, Aufzonungen und Bebauungsplänen im Sinne von § 52a Abs. 2a des Planungs- und Baugesetzes (PBG; BGS 721.11) vom 26. November 1998. Der Abgabesatz entspricht dem kantonalen Maximalsatz gemäss § 52a Abs. 2a PBG.	Bestehende Bestimmung § 42a Abs. 1 BO 2004. Unnötige Wiederholung von § 52a Abs. 2a PBG wird gestrichen und beim Abgabesatz wird auf das PBG verwiesen.
Leistung von Beiträgen an raumplanerische Massnahmen verwendet, zum Beispiel für die Realisierung von öffentlichen Infrastrukturen und Einrichtungen, die Schaffung von öffentlichen und öffentlich zugänglichen Freiräumen, die Förderung von preisgünstigem Wohnraum sowie für Renaturierungsund Aufwertungsmassnahmen in Naturschutz- und Naherholungsgebieten.	2 Die Mehrwertabgabe wird im Sinne von § 52d PBG zweckge- bunden für die Entschädigung von Rückzonungen sowie zur Leistung von Beiträgen an raumplanerische Massnahmen ver- wendet, zum Beispiel für die Realisierung von öffentlichen Inf- rastrukturen und Einrichtungen, die Schaffung von öffentli- chen und öffentlich zugänglichen Freiräumen, die Förderung von preisgünstigem Wohnraum sowie für Renaturierungs- und Aufwertungsmassnahmen in Naturschutz- und Naherho- lungsgebieten.	Bestehende Bestimmung § 42a Abs. 2 BO 2004
	Art. 53 Erschliessungsbeiträge	
	 In der Bauzone mit speziellen Vorschriften Bösch sowie in der Wohn- und Arbeitszone 5 werden für deren Erschliessung gestützt auf § 39 Abs. 2 des Gesetzes über Strassen und Wege (GSW, BGS 751.14) Beiträge an die Kosten des Landerwerbs, der Erstellung, Änderung und Erneuerung (ohne Unterhalt) erhoben. Beitragspflichtig sind sämtliche Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer oder Baurechtsberechtigte in den Zonen gemäss Absatz 1. Die Beitragspflichtigen nach Absatz 2 sind von den Perimeterbeiträgen gemäss Art. 13 ff. Strassenreglement (StrR, SRS 7.6-1) befreit. Der Erschliessungsbeitrag wird pro zusätzlich erstellten Quadratmeter anrechenbare Geschossfläche (Nutzungserhöhung) à 	Neue Bestimmungen zur Regelung der Erschliessungsbeiträge für das Arbeitsplatzgebiet Bösch
	maximal CHF 80.00 festgesetzt. Innerhalb dieses Maximalbetrages können besondere Nachteile angemessen berücksichtigt werden. Bei Ersatzneubauten wird die existierende anrechenbare Geschossfläche von den Erschliessungsbeiträgen ausgenommen.	

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
	 5 Die Erschliessungsbeiträge werden einzeln je Grundstück bei Realisierung von Neu-, Um-, Auf- oder Anbauten (Nutzungser- höhung) zur Zahlung fällig. Massgebender Zeitpunkt ist die je- weilige Baufreigabe durch die Gemeinde. 6 Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Strassenreglements. 	
§ 42 Gebühren	Art. 54 Gebühren	
 Für die Behandlung von Baugesuchen ist eine dem Aufwand entsprechende Gebühr zu entrichten, höchstens aber Fr. 50'000 Der Gemeinderat erlässt eine Gebührenordnung. Auslagen für Gutachten und andere externe Kosten sind vom Baugesuchsteller zusätzlich zu tragen. 	 Für die Behandlung von Baugesuchen und Bebauungsplänen haben die Gesuchstellenden eine Gebühr zu entrichten, höchstens aber CHF 50'000 Die Gebührenhöhe bestimmt sich gemäss der Gebührenordnung. Auslagen für Gutachten und andere externe Kosten sind von den Gesuchstellenden zusätzlich zu tragen. 	Sinngemäss bestehende Bestimmung § 42 Abs. 1 Sinngemäss bestehende Bestimmung § 42 Abs. 1
§ 43 Übergangsrecht	Art. 55 Übergangsrecht	
 Zu den Gebäuden, die vor dem 1. Mai 1974 schon bestanden und die ohne Näherbaurecht an die Grenze gebaut wurden, muss auf Nachbargrundstücken der Grenzabstand, nicht aber der Gebäudeabstand eingehalten werden. Diese Bauordnung gilt für alle Baugesuche, die bei Inkrafttreten erstinstanzlich noch nicht beurteilt sind. 	 Auf Baugesuche, die bei Inkrafttreten dieser Bauordnung vollständig eingereicht und hängig sind, findet das bisherige Recht Anwendung, es sei denn, für die Bauherrschaft ist eine Beurteilung nach neuem Recht günstiger. Gegenüber bestehenden Gebäuden auf Nachbargrundstücken, welche die geltenden Grenzabstandsvorschriften nicht einhalten, kann die Gemeinde im Baubewilligungsverfahren den Grenzabstand in Berücksichtigung der feuerpolizeilichen Vorschriften und der Interessen der Wohnhygiene sowie nachbarlicher Interessen angemessen reduzieren, wenn für dieses Gebäude kein Näherbaurecht oder aber ein gegenseitiges Näherbaurecht besteht, welches vor dem 1. Januar 2019 begründet worden ist. Der Gebäudeabstand berechnet sich in der Folge nach Massgabe des durch den Gemeinderat reduzierten Grenzabstands. 	§ 44 Abs. 1 Musterbauordnung Sinngemäss § 44 Abs. 1 Musterbauordnung
§ 44 Aufhebung bisherigen Rechts	Art. 56 Aufhebung bisherigen Rechts	
 Die Bauordnung und der Zonenplan vom 03.09.1990, 15.04.1991, 27.06.1994, 16.09.1996, 09.12.1996, 18.09.2000 und 18.06.2001 werden aufgehoben. Alle im Anhang nicht aufgeführten Sondernutzungspläne werden aufgehoben. Alle der Bauordnung widersprechenden gemeindlichen Erlasse werden aufgehoben. Der Gemeinderat führt den Anhang Sondernutzungspläne laufend nach. Mit dem Inkrafttreten dieser Bauordnung bleiben folgende gültige Bebauungspläne weiterhin in Kraft: «Dorfkern», genehmigt Gemeindeversammlung 29.09.1980 	Die Bauordnung vom 28. November 2004 und der dazugehörige Zonenplan werden aufgehoben.	Sinngemäss § 46 Musterbauordnung

Gemeinde Hünenberg, Ortsplanungsrevision

Änderungen der Bauordnung (synoptische Darstellung)

rechtsgültige Bauordnung von Hünenberg, BO 2004	Entwurf Bauordnung Revision	Erläuterungen/Anpassungen/Hinweise
 «Dorfkern Süd», genehmigt Gemeindeversammlung 15.12.1986 «Schürmatt», genehmigt Gemeindeversammlung 14.12.1987 «Änderung Dorfkern Nord», genehmigt Gemeindeversammlung 11.12.1989 «Bösch-Rothus», genehmigt Gemeindeversammlung 21.06.1993 		
§ 45 Inkrafttreten	Art. 57 Inkrafttreten	
Der Gemeinderat bestimmt das Inkrafttreten der Bauordnung und des Zonenplanes. Nach Ablauf der Beschwerdefrist tritt die Bauordnung auf den 24. August 2005 in Kraft.	Die Bauordnung und der Zonenplan treten mit rechtskräftiger Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.	§ 47 Musterbauordnung

Anhang

Anhang 1: Sonderbauvorschriften zur Dorfkernplanung (§ 19 Abs. 2, Bauordnung)

Anhang 2: Rechtsgültige Bebauungspläne (§ 44, Bauerdnung)

Anhang 3: Erläuterungsskizzen

Anhang 1: Gebührenordnung

Anhang 2: Abminderungsplan (Art. 43 Autoparkierung)

Anhang 3: Plan zur Bauzone mit speziellen Vorschriften Bösch (Art. 12)



Anhang 1

Gebührenordnung

Der Gemeinderat Hünenberg, gestützt auf Art. 54 der Bauordnung vom xx. xxx xxxx, beschliesst

I. Gebühren

Art. 1 Grundsatz

¹ Die zuständigen Behörden erheben für die ihnen im Rahmen der Durchführung eines Baubewilligungs- oder Bebauungsplanverfahrens sowie für die bei der Wahrnehmung ihrer baupolizeilichen Aufgaben, wie z. B. bspw. dem Prüfen von Baugesuchen, Baukontrollen, Bauabnahmen, Wiederherstellungsverfahren etc., entstehenden Aufwendungen Gebühren.

² Die Gebühr ist unabhängig vom Ausgang der die Gebührenpflicht auslösenden Massnahme geschuldet. Insbesondere ist sie auch dann geschuldet, wenn die Massnahme mit einer abschlägigen Verfügung abgeschlossen wird. Der Aufwand für Einsprachen, die vollumfänglich abgelehnt werden, wird der Bauherrschaft nicht verrechnet. Bei teilweise gutgeheissenen Einsprachen erfolgt die Verrechnung an die Bauherrschaft anteilsmässig. Bei vollumfänglich gutgeheissenen Einsprachen wird der Aufwand der Bauherrschaft voll in Rechnung gestellt.

³ Der Aufwand für Einwendungen werden der Bauherrschaft voll in Rechnung gestellt.

Art. 2 Gebührenpflicht

Gebührenpflichtig ist, wer

- a) ein Baubewilligungs- oder Bebauungsplanverfahren einleitet oder Bauanfragen einreicht:
- b) baupolizeiliche Massnahmen auslöst;
- c) als Eigentümer oder als Eigentümerin eines Grundstückes oder Bauwerkes einen Zustand schafft oder duldet, der ein baupolizeiliches Eingreifen erfordert;
- d) einen Aufwand auslöst, der die übliche Beratungstätigkeit der Verwaltung gemäss Art.
 3 Abs. 3 übersteigt.

Art. 3 Bemessung

- ¹ Die Gebühr wird nach effektivem Aufwand verrechnet. Der Aufwand wird in einem Rapport festgehalten.
- ² Die Ansätze richten sich nach den Vorgaben des KBOB (Koordinationskonferenz der Bau- und Liegenschaftsorgane der öffentlichen Bauherren) und werden jährlich neu angepasst: ¹⁵ Es gilt der nachfolgende Tarif. Der Gemeinderat kann die Gebühren in eigenem Ermessen anpassen:

Zeitmitteltarif (auf Basis von Honorar-Kategorie D): CHF 133.-/h Std.

Die Arbeiten Aufwände umfassen insbesondere folgende Arbeiten:

- Prüfen von Gesuchen
- Verfahrensabwicklung
- Ausfertigen von Einsprache- und Beschwerdeentscheiden-
- Baukontrollen

- Sekretariatsarbeiten wie z.B. Erfassen und Publikation der Gesuche etc.

II. Schlussbestimmungen

Art. 4 Inkrafttreten

Diese Gebührenordnung tritt mit Inkrafttreten der Bauordnung XXXX in Kraft.

Hünenberg, xx. xxx xxxx

Gemeinderat Hünenberg

Die Gemeindepräsidentin

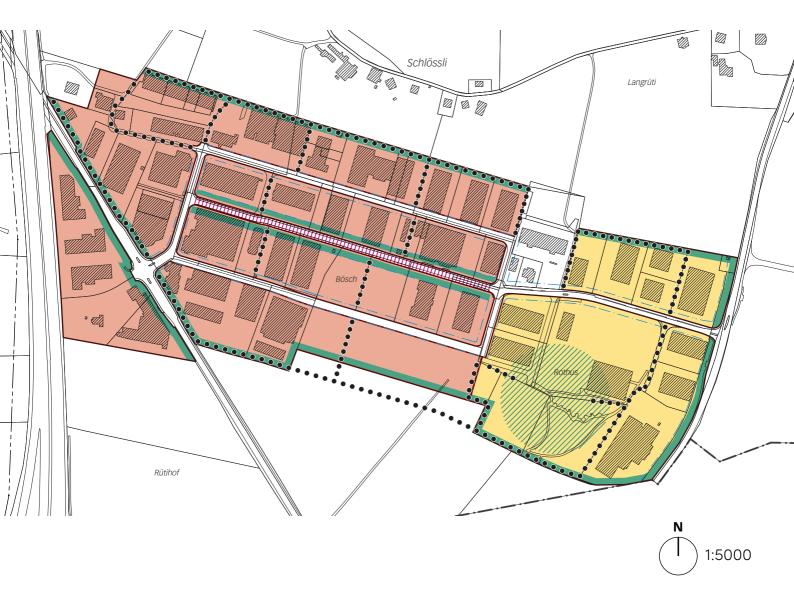
Der Gemeindeschreiber

³ Für kleinere Bau- und Planungsvorhaben, wie z. B. bspw. Bauanzeigen, Bauanfragen und dergleichen, bei denen der Verwaltungsaufwand weniger als zwei Stunden beträgt, wird keine Gebühr erhoben.

Anhang 2 **Abminderungsplan (Art. 43 BO, Autoparkierung)**



Anhang 3 Plan zur Bauzone mit speziellen Vorschriften Bösch (Art. 12)



Legende

Gebiet 1 (BsV2)



Gebiet 2 (BsV2)



Grünband



Mittelachse



Öffentlich zugängliche Freifläche

Orientierende Inhalte



Bestehende Gebäude



Baulinie geplant



öffentlicher Fussweg